Mittag-Ausgabe.

Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Bureaus
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank“.

Nr. 407.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 13. Juni.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Amtliches.

Berlin, 12. Juni. Der König hat den als Konservator der Kunstdenkmäler und vortragender Rath im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten angestellten Geheimen Regierungsrath von Dehn-Rotfelser zum außerordentlichen Mitglied der Akademie des Bauwesens ernannt, und den Kreis-Bauinspektoren Schüler in Paderborn, Queisner in Bromberg, Fölsche in Belgard, Bötel in Merseburg, Nachtigall in Düren, Gräve in Czarnikau, Schulz in Verden, Kröhnke in Meldorf, Scheepers in Wetzlar, Weinert in Grünberg und Bertram in Verden, sowie dem Wasser-Bauinspektor Müller in Wesel den Charakter als Baurath verliehen.

Der König hat den bisherigen Pfarrer Dr. theol. Redner in Danzig zum Domherrn bei der Kathedralkirche des Bisthums Kulm zu Pelplin, und den Pfarrer, Dekan Held zu Runkel zum Dekan im Bezirk Runkel, den Pfarrer Müller zu Grenzhausen zum Dekan im Bezirk Selters, den Pfarrer Michel zu Weilburg zum Dekan des Bezirks Weilburg, sämmtlich im Regierungsbezirk Wiesbaden, ernannt.

Der Lektor der englischen Sprache bei der Universität zu Berlin A. S. Napier ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität zu Göttingen ernannt worden.

Der bisherige Hilfsarbeiter bei der königl. Kunstschule Schreib ist zum Inspektor an derselben ernannt worden.

Der Oberförster Wißmann zu Böddeken im Regierungsbezirk Minden ist auf die durch den Tod des Oberförsters Clausius erledigte Oberförsterstelle zu Sprakensehl in der Provinz Hannover, der Oberförster Ostendorff zu Oschersleben auf die durch Pensionirung des Oberförsters Frömbling erledigte Oberförsterstelle zu Friedeburg in der Provinz Hannover und der Oberförster v. Seelstrang zu Langerwehe auf die Oberförsterstelle Schermke mit dem Amtssitze zu Oschersleben im Regierungsbezirk Magdeburg versetzt worden.

Deutscher Reichstag.

16. Sitzung.

Berlin, 12. Juni, 1 Uhr. Am Tische des Bundesraths Fürst von Bismarck, von Bötticher, Scholz, von Mayr und zahlreiche Mitglieder des Bundesraths. Die Tribünen sind überfüllt.

Ueber den Nachtragsetat (105,000 M. zur Herrichtung von Geschäftslokalen des Auswärtigen Amtes in dem vormals Deckerschen Grundstück) referirt Abg. von Kardorff Namens der Budgetkommission, welche die Genehmigung der Forderung beantragt. — Mit Rücksicht auf die große Majorität, welche sich in diesem Sinne entschied, empfiehlt Abg. Rickert, sich mit der Verwahrung der Kommission zu begnügen, daß hier kein Definitivum für die Benutzung des Hauses Wilhelmstraße 75 geschaffen werde und daß es sich hier um kein Präjudiz für einen baldigen kostspieligen Neubau handle. Er beschränke sich daher auf den Vorbehalt, daß die Frage, ob der Reichskanzler berechtigt war, die Dienstwohnung in dem Hause auf dem Decker'schen Grundstück ohne Vorlage an den Reichstag aus dem Dispositionsfonds einzurichten, von der Rechnungskommission geprüft werde.

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Es liegt nicht in der Absicht des auswärtigen Amtes in den nächsten Jahren irgend weiter die Neubaufrage bezüglich der Grundstücke Wilhelmstraße 75 und 76 dem Reichstage vorzulegen. Die Grundstücke sind in ihrer Bauart solide, allerdings in der jetzigen Einrichtung vielfach unbequem; aber gerade die Scheu vor einer großen Ausgabe, wenn wir in dem, was da ist, noch unterkommen können, entspricht den Grundsätzen, die bisher für die Ausgaben in meinem Ressort geherrscht haben. Ich will keine Prunkbauten, sondern nur das, was praktisch und nothwendig ist. Zur vorläufigen Instandsetzung desjenigen Gebäudes, welches auch in Zukunft das Wohngebäude des Chefs des auswärtigen Amtes sein soll, des Gartenhauses des Decker'schen Grundstücks, sind 50,000 Mark verwendet worden. Hiermit hat es folgende Bewandtniß: Der Dispositionsfonds des Reichskanzlers ist vorhanden für solche Ausgaben, welche eine Stelle im Etat nicht finden, also nicht um Ueberschreitungen bewilligter Ausgaben zu decken, sondern um solche Ausgaben zu leisten, für welche nichts vorgesehen ist. Nun ist allerdings für die Wohnung des Chefs des auswärtigen Amts am Wilhelmsplatz ein Etatstitel vorgesehen einmal in der Naturalleistung der vorhandenen Wohnung, dann in der Unterhaltung desselben; es ist aber nichts vorgesehen für den Fall, der sich erfahrungsmäßig herausgestellt hat, daß die Dienstwohnung am Wilhelmsplatz in Folge baulicher Fehler, wegen der darunter liegenden Leitungen und Kloaken bis zu einem gewissen Grade unbewohnbar ist, das heißt nicht bewohnbar ohne Gefährdung der Gesundheit der Einwohner. Für diesen Fall, daß eine Dienstwohnung aus Gründen, die sanitätsmäßig geprüft und begründet gefunden sind, wie jeder sich überzeugen kann, der nicht den Schnupfen hat und die Treppe hinaufgeht — für diesen Fall ist im Budget in der That keine Vorsehung getroffen, nämlich für die Unterbringung eines Beamten, dessen Dienstwohnung augenblicklich unbewohnbar ist, oder die zu bewohnen ihm wenigstens nicht zugemuthet werden kann. Da nun außerdem die Einrichtung der Wohnung sehr unvollkommen ist und hauptsächlich mit Privatmitteln vervollständigt werden muß, und da nicht beabsichtigt wird, sie für den Chef des Auswärtigen Amtes dauernd beizubehalten, so hätten wir dem Reiche doppelte Ausgaben gemacht, wenn wir ein Provisorium entweder in dem ungesunden Hause, was man Niemand zumuthen kann, oder in der Ermiethung eines anderen Hauses eingerichtet hätten. Die Ausgaben sind für ein Gebäude gemacht, das dazu dienen soll, in Zukunft den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes unterzubringen. Wir waren in der Verfügung über dieses Gebäude beschränkt durch einen älteren Beschluß, so lange der Reichstag nicht baulich untergebracht wäre, das ist inzwischen geschehen, — infolge dessen der Nachtragsetat, und ich glaube, Sie werden bei der schärfsten rechnungsmäßigen Prüfung, wobei wir zu jeder Auskunft bereit sind, finden, daß nicht eine Mark mehr verausgabt ist als nöthig. Die Frage, ob ich als Kanzler berechtigt war, hierbei meinen Dispositionsfonds in Anspruch zu nehmen, ist vorher einer sorgfältigen juristischen Prüfung unterzogen und wir sind einig darüber geworden.

Abg. Rickert: Die Mittheilung des Herrn Reichskanzlers, daß die Dienstwohnung in dem Hause Wilhelmsplatz Nr. 1 aus sanitätspolizeilichen Rücksichten hat geräumt werden müssen, ist in der Kommission nicht gemacht. Dieselbe macht allerdings — eine Prüfung der Sache ist ja für später ohnehin vorbehalten — die Verwendung aus dem Dispositionsfonds erklärlich.

Abg. Löwe (Berlin): Nach den Erklärungen des Herrn Reichskanzlers beantrage ich, die Vorlage an die Budgetkommission zurückzuverweisen.

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Ich ziehe die Erklärungen sehr gern zurück, wenn dadurch der Geschäftsgang unterbrochen wird. (Heiterkeit.)

Unter Ablehnung des Antrages Löwe wird der Nachtragsetat bewilligt.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend das Reichs-Tabaksmonopol in Verbindung mit dem Antrag Ausfeld (Lingens) und den drei Amendirungen desselben, die v. Bennigsen, Windthorst und v. Minnigerode vorgeschlagen haben.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Meine Herren! Ich nehme das Wort noch vor dem Herrn Referenten, um dem vorgestern ausgesprochenen Bedürfniß, auf meine Aeußerungen noch zu antworten und auch die Antwort rechtzeitig in die Provinzen expediren zu können, so viel an mir liegt, Rechnung zu tragen. Ich spreche deshalb so früh, wie es mir irgend möglich ist, und bitte den Herrn Referenten um Entschuldigung, wenn ich ihm nach der gewöhnlichen Praxis vorgreife. Das Tabaksmonopol ist in unserer amtlichen Geschäftsverhandlung zuerst offiziell eingeführt worden durch die Allerhöchste Botschaft vom 17. November vorigen Jahres, doch nicht als eine Institution, die wegen ihrer wohlthuenden Eigenschaften zu erstreben wäre, sondern als ein Mittel zur Erreichung anderer Zwecke, zur Beschaffung der Mittel, welche nothwendig waren, um Steuererleichterungen einzuführen. Dieser Gesichtspunkt ist einigermaßen aus dem Auge verloren und das Monopol als Selbstzweck hingestellt worden, welches um seiner selbst willen erstrebt würde, ohne Rücksicht auf diejenigen anderen Lasten, die durch das Monopol aus der Welt geschafft werden. Wir sind nie darüber in Zweifel gewesen, daß das Monopol an sich ein Uebel ist und daß es sich bei seiner Einführung wie bei jeder neuen Steuer, ja selbst wie bei jeder Reform zunächst nur darum handelt, ob es nicht andere Uebel giebt, im Vergleich mit denen das Monopol das kleinere ist. Wenn man diese Institution an sich betrachtet, ohne Rücksicht auf den Zweck, zu dem sie dienen soll, so stellt man sie in ein unvortheilhaftes, ich möchte sagen, ungerechtes Licht, was sie nicht ertragen kann. Die Reformen, welche die Regierung erstrebt — das Monopol ist nur Mittel dazu, nicht Zweck — aber die finanziellen Reformen, welche den Zweck der Reichsregierung und — ich kann sagen — der verbündeten Regierungen bilden, sind dadurch besonders erschwert, daß die Verwendung der Beschlußfassung der Landtage unterliegt, die Beschaffung der Mittel der Beschlußnahme des Reichstages. Es entsteht dadurch für die Gegner der Regierung eine Art von Zwickmühle hier im Reichstage, wenn eine Bewilligung gefordert wird, zu sagen: ja wir können nichts bewilligen, wovon die Verwendung nicht nachgewiesen und sichergestellt ist, und im preußischen Landtage oder in anderen Landtagen, wer die Verhandlungen kennt, zu sagen: wir können nicht über Verwendung von Mitteln verfügen, so lange die Mittel nicht vorliegen. Daß man so von Pontius zu Pilatus geschickt wird und mit der Reform nicht vorwärts kommt, das liegt auf der Hand, und diese Schwierigkeit ist von den Gegnern der Regierung redlich ausgebeutet worden. Um ihr zu entgehen und den Widerstand, auf den wir bei der Durchführung der Reform stoßen, einigermaßen zu paralysiren, ist die Gemeinschaftlichkeit der kaiserlichen und der königlich preußischen Regierungsquelle benutzt worden, um gleichzeitig in einer Session eine Vorlage in dem preußischen Landtage — einem Landtage, der immerhin die Majorität der Reichsangehörigen, 27 Millionen, repräsentirt — die Bedürfnißfrage erörtern zu lassen und in derselben Session nach Erörterung der Bedürfnißfrage, auf welche gerechnet war, den Reichstag um irgend eine Bewilligung anzugehen. Diese Vorlage mußte nothwendig eine konkrete Form haben, wir konnten dadurch irgend eine reichen Ertrag bietende indirekte Steuer wählen. Unter diesen ist das Tabaksmonopol für das Reich dasjenige, welches die zweckmäßigste, wie sich die Botschaft ausdrückt, die wirksamste Einrichtung bildet. Wir waren in der pflichtmäßigen Nothwendigkeit, Ihnen zunächst das beste unter den Mitteln, die wir kennen, vorzulegen und erst nach dessen Ablehnung können wir zu minderwerthigen Surrogaten zur Beschaffung einer neuen Einnahmequelle schreiten. Wir brauchen Ihre Ablehnung, um unsere Verantwortlichkeit für die Zukunft zu decken, damit man uns nicht später, wenn das Monopol vielleicht von einer anderen Regierung — ich meine einer anderen Reichsregierung — gebracht wird, sagt: die damalige Regierung unter dem ersten Reichskanzler hat die Thorheit begangen, dieses Mittel nicht vorzuschlagen. Diese Verantwortlichkeit wollen wir nicht auf uns ruhen lassen, die wollten wir auf die Majorität des Reichstages abschieben, und dann werden wir in Ruhe sagen: darum keine Feindschaft, aber wir brauchen Ihre Ablehnung, bevor wir zu weiteren Vorlagen schreiten. Bei der Klarstellung des Bedürfnisses hat nun der preußische Landtag die Landesregierung ganz im Stich gelassen und mit Rücksicht auf die Jahreszeit gewissermaßen Strike gemacht; ein sachlicher Grund ist nicht zu finden, weshalb der Landtag sich der Erörterung der so tiefgreifenden Frage entzogen hat, ob unser direktes Steuersystem der Reform bedürftig ist oder nicht, und damit die kaiserliche Regierung in die schwierige Situation gebracht hat, das Monopol an sich, ohne vorgängigen Nachweis des Bedürfnisses zu vertreten. Wäre ich anwesend und durch meine Gesundheit zur Wahrnehmung der Geschäfte befähigt gewesen, so würde ich Sr. Majestät die Auflösung des Landtages gerathen haben, er hätte dann im August wieder zusammentreten müssen und wir wären der heutigen Verhandlungen überhoben gewesen, da die Forderung des Monopols ohne Anerkennung des Bedürfnisses eigentlich keinen Sinn hat. (Hört, hört! Sehr richtig! links.) Wird die Bedürfnißfrage bejaht, so werden wir weitere Anträge zu stellen haben, wird sie verneint, so ist ja Alles in der vortrefflichen Welt vortrefflich, und ich bin der für mich sehr unangenehmen Sisyphusarbeit gegenüber dem passiven Widerstand oder der dilatorischen Behandlung überhoben, was ja für meine Jahre und meinen Gesundheitszustand mit Dank anzunehmen ist. Da aber der preußische Landtag sich der Prüfung des Bedürfnisses entzogen hat, so muß ich Ihnen leider die Motive auseinandersetzen, die den König von Preußen nöthigen, im Interesse seiner nothleidenden Unterthanen vom Reiche die Eröffnung der Steuerquelle zu verlangen, die er selbst seiner Zeit an das Reich abgetreten hat. Die Motive liegen erstens in dem Vorhandensein einer Steuer in Preußen, welche ich als den Rest früherer Zeiten des Feudalstaates bezeichne, der Klassensteuer, des Kopfgeldes, der Besteuerung der Person, des Lebens, des Athmens, der Besteuerung der Existenz ohne Rücksicht auf irgend ein Objekt, an das die Leistungskraft sich heftet, und ohne eine bestimmte Einnahme, welche mit der Steuer verbunden ist. Eine ähnliche barbarische Einrichtung in steuerpolitischer Beziehung existirt außer in Preußen und einigen ihm anhängigen norddeutschen Staaten meines Wissens nur noch in Rußland in Gestalt des Kopfgeldes und in der Türkei, aber auch dort nur für die unterworfenen Völkerschaften dafür, daß sie überhaupt noch am Leben gelassen sind. In Rußland scheint man nach dem Vorbilde der zivilisirten Nationen die Abschaffung der Steuer für geboten zu halten. Sie werden gelesen haben, daß die Kopfsteuer aufgehoben werden soll, und doch war sie in Rußland lange nicht so drückend, wie bei uns und wurde allerdings nicht zu einem so hohen Satze, aber durch Vermittelung der Gemeinden erhoben; die Gemeinden waren die Steuerzahler, sie hatten die Untervertheilung und konnten schonend handeln und Exekutionen vermeiden. Die Klassensteuer, an der wir allein unter den zivilisirten Nationen noch festhalten, trägt in sich die Unmöglichkeit für die Steuerbehörde, eine gleichmäßige, gerechte Vertheilung der Steuer zu bewirken. Kein Steuerrath kann die Verhältnisse der Reklamanten mit Richtigkeit beurtheilen, während die indirekte Steuer eine gleichmäßige Vertheilung der Steuer von selbst in sich trägt. Ein noch stärkerer Grund ist die Nothwendigkeit der Exekution der Steuer, die Thatsache, daß mitunter für einen rückständigen Betrag von 50 Pfennigen Mobiliar im Werthe von 20 bis 30 Mark abgepfändet wird. Ich weiß nicht, ob die Anzahl der Exekutionen dieser Art öffentlich hinreichend bekannt ist. Sie könnte es sein, denn die Durchschnittsrechnungen davon sind in den Motiven zum Verwendungsgesetz, welches der preußische Landtag zu berathen hatte, mitgetheilt, aber dort todtgeschwiegen. Ich theile Ihnen deshalb aus jenen Motiven nachstehende Ziffern mit: In dem Jahre 1879—80 sind zur Klassensteuer veranlagt gewesen Einzelsteuernde und Haushaltungen in Preußen 5,087,470, davon beträgt die Anzahl der wegen Klassensteuerrückstände vollzogenen Pfändungen 438,973 (hört, rechts) und zwar in der untersten Stufe der Arbeiter, die nur von ihrer Hände Arbeit leben 254,166. (Hört, rechts.) In der zweituntersten Stufe 102,584, in der dritten noch immer 28,516, die vierte bis zwölfte sind nicht gesondert angeführt, aber auch in ihnen, also in den vergleichungsweise wohlhabenden Klassen haben noch immer 53,707 Pfändungen stattgefunden, die wirklich vollzogen werden konnten und einen Ertrag lieferten. Dann beträgt die Zahl der fruchtlos versuchten Pfändungen außerdem 565,766 in der preußischen Monarchie, davon in der untersten arbeitenden Klasse 368,017, in der zweiten 135,635, in der dritten 22,774, in den acht obersten immer noch 21,340. Es beträgt also die Gesammtzahl der wegen Klassensteuer vollzogenen und versuchten Pfändungen für ein Jahr 1,004,739. Aehnliche Resultate liefert ein dreijähriger Durchschnitt, den ich dem statistischen Amt verdanke, der die Budgetjahre von 1878—1881 umfaßt. Für diesen Zeitraum beträgt die Gesammtzahl der Abpfändungen im preußischen Staat 3,304,065, wobei die vollzogenen Pfändungen 1,617,831 betragen, die fruchtlos versuchten Pfändungen daneben 1,686,234. Es kommen danach in beiden Positionen zusammen auf diese Jahre 3,300,000, durchschnittlich auf jedes Jahr 1,100,100. Die Anzahl hat im ersten Semester des Jahres 1881/82 in Folge der Besserung der Rückstände, vielleicht auch in Folge der eingeführten Klassensteuernachlässe eine Reduktion erfahren. Obschon mir das ganze Jahr nicht vorliegt, so läßt sich doch glauben, daß in diesem Jahre in Folge der gebesserten Zustände und der Steuernachlässe die Pfändungen 600,000 nicht erreichen werden. Indessen ist auch das noch eine starke Ziffer. Dazu kommt noch die Wirkung der Zuschläge. Ueber die Vorgänge in den Gemeinden liegen allgemeine Daten nicht vor, ich habe nur einige Angaben in Bezug auf die Berliner Ergebnisse in den Jahren 1876 und 77 zur Hand. Darnach sind in Berlin 1876 zur Klassensteuer veranlagt 355,992 Besteuerte. Von diesen sind zur Zwangsvollstreckung verwiesen 393,837, also mehr als veranlagte Posten. Das hat darin seinen Grund, daß jede Position viermal im Jahre erhoben wird und jede viermal zur Exekution kommen kann. Von diesen 393,837 Fällen sind erledigt durch Stellung zur Exekution 276,902, durch Vollstreckung der Exekution 25,280, durch fruchtlose Vollstreckung der Exekution 91,655. Auf 100 Klassensteuer-Veranlagte überhaupt treffen darnach in der untersten Steuerstufe 101,9 Exekutionen, in der zweiten 135,8, in der dritten 131,9, in der vierten 114,6 und in der fünften bis zwölften immer noch 64,7 Prozent. 1877 stieg die Ziffer noch höher. Ich mache darauf aufmerksam, daß hier bei diesen Positionen die Stufen von 2 bis 4 von unten herauf ein stärkeres Kontingent stellen wie die unterste, daß also der Fall, daß Jemand von einer sich heranbildenden Wohlhabenheit auf seinen Ausgangspunkt durch die Exekution zurückgeworfen wird, häufiger vorkommt. Die Haus- und Miethssteuer bringt in Berlin im Ganzen an Steuerposten 1,048,203, die Einkommen- und Klassensteuer 1,468,856, zusammen also 2½ Millionen Steuerposten. Darauf sind 647.981 Mahnzettel ausgeschrieben. Von diesen sind erledigt durch Zahlung des Steuerrestes nicht ganz die Hälfte, 308,814, durch fruchtlose Zwangsvollstreckung 244,968, (hört! hört!) durch Anmeldung bei der Abtheilung für Verzogene 85,302 — also Leute, die sich der Steuerscheere in Berlin entziehen dadurch, daß sie in die Provinz hinausgehen, werden sofort durch den Uriasbrief der „Abtheilung für Verzogene“ dort kreditlos gemacht und außer Stande gesetzt, sich neu zu etabliren und sie kommen aus der Scheere der Exekution nicht heraus; die Freizügigkeit hilft ihnen nichts — sonst unerledigt geblieben und weiter zu verfolgen bleiben 8897. Die Zahl der wegen der direkten Steuern Ausgepfändeten ist also recht groß. Vergegenwärtigen Sie sich nun die Wirkungen einer Exekution. Es ist anzunehmen, daß, ehe es Jemand dazu kommen läßt, er seinen Kredit beim Bäcker, Metzger, Milchmann ziemlich erschöpft haben wird, denn die sind noch nachsichtiger, als der Steuerexekutor. Nun erscheint der Exekutor und der Kredit geht sofort verloren, es wird ihm gekündigt, er fällt dadurch vielleicht einem gefälligen Manne in die Hände, der bereit ist, ihm das, was er braucht, zu hohen Zinsen vorzustrecken und sich in den Besitz dessen zu setzen, was der Ausgepfändete überhaupt noch hat oder verfällt vor den Augen der Nachbarn der Thatsache, daß der Exekutor zu ihm kommt; das Wenige an Hausrath, Wäsche und Mobilien, was sich ein junger Hausvater angeschafft hat, wird unter Siegel gelegt, zum Zwangsverkauf gestellt, vielleicht zu einem geringen Ertrage — eine Kommode, die für 15 Mark gekauft ist, geht für 3 Mark weg — losgeschlagen; daß das Alles den Mann, der in seinem Aufstreben auf der sozialen und wirthschaftlichen Leiter wieder zurückgeworfen wird, schwer kränkt, daß es ihn zur Verzweiflung, manchmal zum Selbstmord bringt, ihn jedenfalls mit Bitterkeit erfüllt,

wenn der seiner Meinung noch überreiche Fiskus ihm wegen einer Kleinigkeit einen so ungeheuren Schaden zufügt, darüber wird kein Zweifel sein, und ich schreibe einen großen Theil unserer Auswanderungen der Thatsache zu, daß die Auswanderer das Bedürfniß haben, sich der direkten Steuerschraube und der Exkution zu entziehen und nach einem Lande zu gehen, wo die Klassensteuer nicht existirt und wo sie außerdem die Produkte ihrer Arbeit gegen fremde Konkurrenz geschützt wissen. (Sehr richtig! rechts.) Die amerikanischen Schutzzölle und die preußische Klassensteuer halte ich für die Hauptmotive der Auswanderung. (Zuruf aus dem Zentrum: O nein.) Hauptsächlich; ich sage nicht ausschließlich, ich weiß nicht, wer von den Herren Phantasie genug hat sich in die Lage einer solchen, vom Steuerfiskus erdrückten Existenz hineinzufühlen; aber daß ein solcher Mann eine tiefe Bitterkeit gegen Einrichtungen, die in England, Frankreich, Amerika und in allen zivilisirten Staaten zu den überwundenen Standpunkten gehören, weil dort die Fraktionspolitik nicht hindert, weniger drückende direkte Steuerquellen zu eröffnen, und einen Ansatz von Haß behält, das ist wohl nicht verwunderlich. Nun finde ich es erklärlich, daß eine Opposition, welche die Absicht hat, die bestehende Regierung zu stürzen oder bei den Wahlen zu diskreditiren, einen Bedarf an Unzufriedenheit hat, und daß sie nicht die Hand bietet ihn zu mildern. Die Opposition behält sich vielleicht vor, diese Leiden zu mildern, wenn sie selbst ans Ruder gelangt ist. Es ist leicht, bei der Leichtgläubigkeit des Wählers und der ungeheuerlichen Verlogenheit unserer kleinen Presse zu sagen, daß eigentlich die Regierung an allem Schuld sei, obschon sie sich seit Jahren bemüht, die Uebelstände abzuschaffen, obschon Seiner Majestät dem König die Leiden seiner Unterthanen schwer am Herzen liegen; aber er hat das Recht der Steuerbewilligung außer Händen gegeben und hat die indirekte Steuerbewilligung an das Reich abgegeben; das Reich versagt sie ihm; Seine Majestät der König kann tiefen Schmerz empfinden, er kann sich aber verfassungsmäßig nicht helfen. Diese Unzufriedenheit auf die Regierung abzuwälzen, diese anzuklagen ist der Presse gar nicht schwer. Der Grund, warum wir mit unseren Reformen nicht vorwärts kommen ist der, daß so sehr viele Leute keine Neigung haben, der jetzigen Regierung bei irgend einer Verbesserung zu helfen. (Oho! Unruhe links, Sehr richtig! rechts.) Der deutsche Wähler glaubt sich stets berechtigt, unzufrieden mit der Regierung zu sein. Das ist das Erzeugniß der Politik früherer Zeiten, wo die Regierungen, ich will nicht sagen schlechter und ungeschickter waren, aber mehr Macht hatten und sich weniger aus Eindrücken machten. Damals war das Schimpfen über die Regieruug berechtigt, wenn Jemand heute diesen Ton anschlägt, dann heißt es: der ist unser Mann, der ist nicht servil und wird dem Reichskanzler schon den Willen brechen. Aber ob dieser Wille nicht zum Nutzen des Landes dient, das muß doch erst geprüft werden. Sie brauchen ja nichts zu bewilligen, das ist Ihr Recht. Aber wird es der Kaiser als König von Preußen nicht schwer empfinden, daß er seinen Unterthanen nicht helfen kann? Wird er sich nicht fragen: waren die Gründe, die mein Bruder gegen die Reichsverfassung und gegen die Annahme der Kaiserkrone hatte, vielleicht doch nicht ohne Berechtigung? Habe Ich wohlgethan, Mich der Möglichkeit zu berauben, Meinen Unterthanen zu helfen, indem ich die Quellen, die ich dazu anwenden könnte, aus den Händen gegeben und von anderen abhängig gemacht habe? Solche Gedanken können einem Könige wohl kommen, der seine von Gott ihm gegebene Mission ernst faßt, der ein Herz hat für die Leiden seiner Unterthanen. Daß eine parlamentarische Körperschaft dieselben ernsten Empfindungen haben soll, ist ja nicht zu verlangen. Eine Majorität hat viele Herzen, aber ein Herz hat sie nicht; ein König hat ein Herz, das Leiden mitempfindet. Aber die preußischen Landeskinder im Landtage hätten so viel Herz für dieses Elend doch wohl haben können, um ein paar Sitzungen auch bei gutem Wetter mehr zu opfern, statt der Regierung den Vorwurf zu machen, daß die Würde des Landtags durch die späte Vorlage beeinträchtigt werde. Wir können doch die Vorlage nicht eher machen, als wir sie fertig haben, hexen können wir auch nicht. Die Frage der Parallelsitzungen, die dabei den Hauptvorwand abgab, um uns der mangelnden Rücksicht zu zeihen, ist ja eine Zwangslage, aus der wir uns nicht retten können. denn wir können in den Sommermonaten vom Juli bis Oktober die parlamentarischen Versammlungen nicht berufen ohne uns schon einer Verstimmung auszusetzen, die sich nachher in gewissem Uebelwollen gegen die Regierung fühlbar macht, namentlich bei denen, die wenn sie nicht Abgeordnete sind, auch noch etwas Nützliches zu thun haben. Im Oktober ist ein Tagen auch schwierig, theils aus denselben Gründen, theils müssen doch auch die Minister und der Bundesrath irgend eine Zeit zur Vorbereitung dessen haben, was sie vorlegen sollen. Wir können doch nicht Tag und Nacht arbeiten, wir haben keine eiserne Gesundheit. Kurz und gut, fünf Monate gehen ziemlich auf die Abneigung des Zusammenkommens und auf das Bedürfniß der ministeriellen Berathungen hin. Neun Wochen nehmen die parlamentarischen Ferien in Anspruch, damit sind also im Ganzen 7 Monate verbraucht. Ist es nun möglich, in den übrigbleibenden fünf Monaten die Budgetfragen, wie sie bei uns betrieben werden, befriedigend zu erledigen, und Gesetze zu berathen, die die Nothlage unserer Mitbürger fordert? Der preußische Landtag hat in diesem Frühjahr gezeigt, daß es nicht möglich ist, daß ihm die Zeit zur Prüfung der Noth seiner Mitbürger fehlt. Die Regierung kann den Gemeinden nur helfen, wenn ihr die Mittel bewilligt werden. In der Stadt Witten bezahlt Jemand, der 6 Mark Klassensteuer entrichtet, 350 Prozent Zuschlag als Kommunalsteuer, worin die Schullast mit enthalten ist, macht 21 M., 50 Prozent evangelische Kirchenauflage 3 Mark. In anderen rheinischen Städten liegen die Verhältnisse ähnlich. Die Unzufriedenheit über diese direkte Steuerlast hat zu Anträgen von Städten geführt, die indirekte Steuer für sich einzuführen. Sie wollen dies Privilegium aber nur für sich, nicht für das ganze Volk. Die Regierung aber will gleiche Leistungen für Alle und ist fest entschlossen, Privilegien in dieser Beziehung nicht zu geben. Bei den Kreisen treten uns die drückenden Grundsteuern entgegen. welche nicht nur die reichen, sondern auch die armen Gutsbesitzer treffen, deren es eine große Menge giebt. Nur der reiche Kreis Lauenburg braucht keine Kreissteuer umzulegen. Die Schullasten betragen zwischen 94 und 95 Millionen, in Preußen pro Kopf 3,59 Mark. Dabei sind die Lehrer sehr ärmlich besoldet, namentlich im Verhältniß zu den Richtern. Es müßten entweder ihre Lehrergehälter erhöht oder die Richtergehälter herabgesetzt werden. (Bewegung.) Der preußische Landtag hat unsere Hoffnung zu helfen, zerstört, ja der Kommissionsbericht — ganz abgesehen von dem mit der Botschaft in diametralem Gegensatz stehenden Antrag Lingens — leugnet geradezu das Bedürfniß. Der Bericht hält sich überhaupt nur an Aeußerlichkeiten und nimmt von dem umfassenden Material der 1878r Enquetekommission keine Notiz. Ich rechne darauf, daß die Neuwahlen in Preußen uns über die Bedürfnißfrage Auskunft und Entscheidung bringen werden. Fühlt das preußische Volk wirklich einen Steuerdruck, dessen Erleichterung es wünscht, oder nicht? Soll die Klassensteuer mit ihren Millionen Exekutionen, soll die Belastung der Gemeinden, die Schullast beibehalten werden? Ist der nächste preußische Landtag gegen diese Leiden seiner minderbegüterten Mitbürger ebenso gleichgültig wie der jetzige, dann liegt allerdings keine Noth vor. Ich kann aber meine Furcht nicht unterdrücken und um mein Gewissen zu reinigen, deshalb trete ich hier auf. Sollte der nächste preußische Landtag wieder sich einer eingehenden Diskussion dieser Frage, einer Beschlußnahme darüber, welche Verwendung er haben will, widersetzen, so könnte ich Sr. Majestät nur rathen, so oft an die Wähler zu appelliren, bis darüber die nothwendige Entscheidunge getroffen ist. Der Landtag kann beschließen, was er will, aber er darf sich der Noth seiner Mitbürger nicht verschließen, wenn er das thut, so verdient er nicht den Namen „Volksvertretung" (Beifall rechts). Die Volksvertretung liegt dann beim Monachen, der ein Herz für das Volk und dessen Leiden hat. Wir wissen, daß das Monopol nicht populär ist; ich lasse mich aber durch Popularitätshascherei nicht leiten; ich thue meine Schuldigkeit und stelle das Uebrige Gott anheim; ich habe häufig gefunden, daß, wo man auf Akklamation stößt, man auf unrichtigem Wege ist; ich bin zufrieden, wenn der einzige Wähler, den ich habe, Se. Majestät, mit mir zufrieden ist. Wahlfurcht kenne ich nicht. Es fragt sich nun, ob das Monopol wirklich das richtige Mittel sei. Ein wohlbekannter National-Oekonom Leroy Beaulieu, ein Freihändler, giebt zu, daß das Monopol selbst auf dem Standpunkt der Fabrikation und der Waaren-Qualität nicht blos keine Unzukömmlichkeiten hat, sondern bei höchsten Steuersätzen allein unverfälschte Waaren liefert. Mit der Straßburger Manufaktur hat das Monopol garnichts zu schaffen; sie besteht ohne dasselbe und könnte mit allen Schätzen Indiens oder vor dem Bankerott stehend zur Lösung dieser Frage Nichts beitragen. Aus dem Verlangen der Vorlegung der Manufaktur-Abschlüsse leuchtet das Interesse der konkurrirenden Landsleute des Herrn Referenten hervor. Die Rentabilität des Monopols ist in anderen Staaten erprobt; die Bedenken gegen das Monopol liegen überhaupt auf ganz anderem Gebiet. Sie fürchten das Reich zu kräftigen durch Bewilligung des Monopols. Die Arbeiter, welche durch Einführung desselben ihre Stelle verlieren, würden von der Regie vollständig absorbirt werden. Es würde ihnen noch lange nicht so schlecht gehen, wie den 100,000 Arbeitern der Eisenindustrie, die vor einigen Jahren dem Moloch des Freihandels ohne alles Mitleid geopfert wurden. Wenn wir den Tabaksarbeiter schädigen, werden wir angeklagt, als wenn wir die Heiligkeit der Nation verachtet hätten; damals aber wurden lediglich aus Freihandelstendenzen 100,000 Arbeiter brodlos und um ihr Schicksal hat sich kein Mensch gekümmert. — Während des Eisenbahn-Monopols in früherer Zeit, ob da die Fuhrleute, die Gastwirthe brodlos wurden, wer hat darnach gefragt? Das Eisenbahn-Monopol war um so ungerechter, als es ein Privat-Monopol war, eine an Privat-Aktien-Gesellschaften verpachtete Ausbeutung der Verkehrsbedürfnisse einer Provinz. Ich kann mir kaum ein schlimmeres Monopol denken, als das Eisenbahn-Monopol, durch das Privatgesellschaften die Erlaubniß gegeben wurde, das Verkehrsbedürfniß ganzer Provinzen zum Zwecke hoher Aktiendividenden auszubeuten. Das war ein außerordentlicher Mißbrauch des steuerzahlenden und verkehrsbedürftigen Publikums zu Gunsten der Kapitalisten. Wer hatte daran gedacht, die Brennereien zu entschädigen, als 1820 das jetzt geltende Brennereigesetz eingeführt wurde. Da gingen 20- bis 30,000 landwirthschaftliche Brennereien ein. Die Landwirthe haben das mit der Bescheidenheit getragen, die man von ihnen in steuerlicher Hinsicht überhaupt erwartet. (Heiterkeit.) Sie haben gehungert, sind zum Theil bankerott geworden, es ist kein Geschrei gewesen. Es waren in der That Landjunker. (Heiterkeit.) Und so schlecht sollte es den Tabaksarbeitern nicht ergehen. Auch die Leiden der Stadt Bremen, die dem Referenten besonders am Herzen liegt, werden nicht so schlimm sein, wie man sie ausmalt. Tabakshandel wird die Regie auch brauchen. Hamburg war früher der Hauptort für indischen Zucker; es wimmelte von Zuckersiedereien. Es gab 90 indische Zuckermakler, und doch hat Hamburg die Entwickelung des Rübenzuckers ohne Schaden überdauert. Aehnlich würde auch Bremen die Folgen des Monopols bald überwinden. Den Vorwurf des Sozialismus muß ich noch erwähnen. Sozialistisch ist Vieles, was wir zum Heil des Landes bereits beschlossen haben und etwas mehr Sozialismus werden wir uns überhaupt angewöhnen müssen. (Zustimmung rechts.) Wir werden dem Bedürfniß auf dem Gebiete des Sozialismus reformirend entgegenkommen müssen, wenn wir dieselbe Weisheit beobachten wollen, die in Preußen die Stein-Hardenberg'sche Gesetzgebung bezüglich der Emanzipation der Bauern beobachtet hat. Auch das war Sozialismus, dem einen das Gut zu nehmen, dem anderen das Gut zu geben. Wir müssen dem Rezepte für den Staat einige Tropfen sozialistischen Oeles hinzufügen. Sozialistisch ist ja jede Expropriation zu Gunsten der Eisenbahnen, sozialistisch ist die Zusammenlegung der Grundstücke, sozialistisch ist die ganze Armenpflege, der Schulzwang, der Wegebau. Wenn Sie glauben, mir mit dem Worte Sozialismus Schrecken einflößen zu können, so stehen Sie auf einem Standpunkte, den ich längst überwunden habe und dessen Ueberwindung für die ganze Reichsgesetzgebung durchaus nothwendig ist. Wenn ich hier einen Panegyrikus für das Monopol halte, so will ich damit nur motiviren, warum wir gerade diesen Weg trotz seiner Impopularität zuerst vorgeschlagen haben, daß wir Ihnen aber das volle Recht zuerkennen, zwischen den Wegen eine Auswahl zu treffen, das liegt auf Ihrem Gebiete und in Ihrer Attribution, und ich kann nur mit einer alten berliner Redensart sagen: Darum keine Feindschaft, wenn Sie das Monopol ablehnen! Nur soll man uns nicht vorwerfen, als hätten wir mit Landesverrath und Verkennung aller konstitutionellen Rechte und Verfassungsbruch das gethan. Ich begreife überhaupt nicht, wie dieser Zorn über eine solche Utilitätsfrage entstanden. Ich glaube, daß die herrschenden Parteien die Diskussion über das Monopol scheuen. Sie suchen sie so flüchtig, wie möglich, ohne gründliche Prüfung abzuthun. Das ist ein sehr brillantes Zeugniß für die Richtigkeit der Vorlage. Wir scheuen die Diskussion nicht und glauben, daß der Gedanke schließlich durchdringen wird. Ein Minister konnte ja heute bei der hochgradigen Wahltechnik niedergelogen werden, aber nicht ein richtiger Gedanke. Ich habe kein Bedürfniß ihn jetzt wieder aufzunehmen. Lehnen Sie also dreist das Monopol ab; die Regierung wird dadurch nicht aus ihrer Bahn geschoben werden, aber glauben Sie nur nicht, daß Sie mit der Ablehnung die Reformfrage oder die Tabakfrage aus der Welt schaffen. Die Unausführbarkeit der Abhilfe wird Sr. Majestät sehr schmerzlich sein. Ich werde aber nicht müde werden, nach anderen Plänen und Mitteln zu suchen, um den Leiden meiner Mitbürger Abhilfe zu schaffen. Ich fürchte allerdings damit eben so wenig Erfolg zu haben, wie mit dem Monopol. Ich befinde mich einem Ring von Fraktionen gegenüber, wo ich voraussehe, daß jeder Schritt, den ich nach irgend einer Richtung thue, erfolglos sein wird, weil die Fraktionen, auf deren Zustimmung es ankommt, entweder der Regierung überhaupt keinen Erfolg gönnen, oder doch nur unter gewissen Bedingungungen mit irgend einem „do ut des", was die Regierung in dem Maße nicht leisten kann. Wir würden die Unterstützung mancher Fraktion vielleicht haben, wenn wir uns in ihren Dienst begeben, wenn wir dem Kaiser zureden wollten, irgend ein Kanossa zu machen, — ich meine nicht ein klerikales (Heiterkeit), ich meine ein liberales. Hätte sich Heinrich IV. gebeugt vor den Großen des Reiches, vor den damaligen Ghibellinen oder Welfen oder vor den Sezessionisten (Große Heiterkeit links), vor den partikularistischen Niedersachsen, dann würde der Klang, den der Name Kanossa in den deutschen Reminiszenzen hat, vielleicht Habsburg oder Mainz oder einen anderen Namen tragen. In eine derartige Verlegenheit, mit Parteien zu paktiren, wird aber nur eine Parteiregierung kommen. Wir, die Reichsregierung, haben ja die deutschen Großen gar nicht mehr in Deutschland, und der Partikularismus der Dynastien und Regierungen ist sehr rückgängig geworden. Wir stehen nur dem Fraktionspartikularismus gegenüber, der auf die Neuwahlen und auf eine neue Regierung spekulirt. Nun würde aber keine Partei in Deutschland stark genug sein, um die Regierung zu führen. An der Fraktionskrankheit kann das konstitutionelle Prinzip möglicherweise zu Grunde gehen. (Hört, hört! rechts.) Ich glaube, daß unsere Staatsmänner durch das Fraktionsleben dem Staatsleben entzogen werden; daß jetzt die Fraktion vor dem Reich, Aktienunternehmen vor der Allgemeinheit geht. Den Ausspruch „Gewalt geht vor Recht" habe ich aber nie gethan. Sicher werden die Führer einer Fraktion für ihre Verwendbarkeit im Ganzen und ihre politische Zukunft sehr geschädigt. Ohnehin sollen ja einige unserer bedeutendsten und edelsten Kräfte im Hausirhandel beschäftigt sein. (Große Heiterkeit. Rufe rechts und im Zentrum: Sehr gut!) Wenn solche Parlamentarier in die Lage kommen, die Regierung zu übernehmen, so können sie den Fraktionsballast aus ihrem Schiffe nicht loswerden, um eine praktische und staatsmännische Ladung einzunehmen. Sie bleiben von der Fraktions- und der Wahlfurcht abhängig. Ein Minister kann auf Fraktionsfreunde, auf Fraktionsverhält[illegible]e nicht Rücksicht nehmen. Das deutsche Reich und der preußisch[illegible]taat kann von einer Partei nicht regiert werden, sondern nur unabhängig von jeder Fraktionsstellung. Die Fraktionen bilden für mich einen Ring, den ich nicht durchbrechen kann und auch nicht zu durchbrechen brauche. Gegen Enttäuschungen bin ich ziemlich abgehärtet. Wenn ich meine Schuldigkeit gethan habe, so überlasse ich Gott das Uebrige. Ich komme immer mehr zu der Rolle eines Zuschauers, der sieht, wie die Sachen sich entwickeln. Ich habe eine ganze Zeit in diesen Verhältnissen gelebt und glaube, meine Ansichten darüber haben doch noch so viel Werth, wie die eines jeden andern in und außerhalb Deutschland, vielleicht einen höheren. Die Fraktion ist gewissermaßen eine Satire auf das Arndt'sche Lied: „Das deutsche Vaterland muß größer sein, das ganze muß es sein". Dem, der in die Fraktion tritt, ist es zu groß, es schrumpft durch seine Brille gesehen auf das Fraktionsinteresse zusammen. Die Fraktionsbrille verdunkelt vieles. Wenn ich gelegentlich gelesen und gehört habe — ich weiß nicht wo —, daß man sagt: „Wir haben dem Kanzler 135 Millionen bewilligt, ich halte mich nun an den Kanzler", so ist das eine wunderliche Redensart. Was soll ich mit dem Gelde? (Heiterkeit.) Mir kann es einerlei sein, ob Sie Geld bewilligen; der Ausdruck „Bewilligung" ist überhaupt falsch; Sie haben beschlossen, daß das Geld zu bestimmten Zwecken verwendet werden soll; ich mache mit dem Gelde nichts; Sie bewilligen nicht mir, sondern dem Volke das Geld, der Nation. dem Reiche; der Gedanke, Sie hätten mir etwas bewilligt, ist fast komisch. Wenn ich nun so wenig Hoffnung habe und dennoch in meiner Stellung ausharre und Ihnen soviel Mühe und Arbeit mache und eine so gewaltig lange Rede halte, wie die heutige, so könnten Sie mich fragen, was veranlaßt denn diesen matten Greis, diese Sisyphusarbeit fortzusetzen, wenn er selbst die Ueberzeugung hat, er kommt zu nichts. Wir haben in Preußen eine eigenthümliche militärische Tradition, das ist die des Dienst- und des Pflichtgefühls. Sie wissen, daß ich nicht freiwillig in meiner Stellung bleibe und wenn Sie mir in Gnaden und mit Zustimmung meines Herrn, des Kaisers, den Abschied verschaffen können, so bin ich außerordentlich dankbar. Aber aus Rücksichten, die ich Sr. Majestät schulde, bin ich verhindert der Absicht Folge zu geben, die ich 1877 hatte; indem ich fühlte, daß meine Gesundheit meiner Thätigkeit ein Ziel setze; so bin ich denn — wie ich es von Jugend auf in Preußen gelernt habe — so lange ich das Amt trage, verpflichtet, dieses Amtes zu walten. Ich lebte auch lieber auf dem Lande als unter Ihnen, so liebenswürdig Sie auch sind. (Heiterkeit.) Was ich thue, ist nur das Gefühl dessen, was man mit dem hohen Ausdruck „verdammte" Pflicht und Schuldigkeit benennt, so lange ich den Titel trage. (Bravo rechts.) Ich hatte das Gefühl, im Jahre 1877 gehen zu sollen; es ist mir damals die Erlaubniß versagt worden. Nachdem ich im Jahre 1878 meinen Herrn und König nach dem Nobiling'schen Attentate in seinem Blute liegen sah, da habe ich den Eindruck gehabt, daß ich dem Herrn, der Seinerseits Seiner Stellung und Pflicht vor Gott und dem Menschen Leib und Leben dargebracht und geopfert hat, gegen Seinen Willen nicht aus dem Dienst gehen kann. (Bravo! rechts.) Das habe ich mir stillschweigend gelobt, das ist der Grund, weshalb Sie mich noch hier sehen; das einzige Fleisch und Blut meines alten Herrn, dem ich geschworen habe, dem ich anhänge und dem ich lebe. (Lebhaftes Bravo rechts.) Ich kann mich mitunter in schlaflosen Nächten des Gedankens nicht erwehren, daß vielleicht unsere Söhne nochmals wieder um den mir wohlbekannten Tisch des Frankfurter Bundestages sitzen könnten; unsere Autorität auch gegenüber dem Auslande kann einmal einen Stoß erleiden. Als ich einst die Verfassung schaffen half, habe ich unter dem Eindruck gehandelt; die Gefahr für den nationalen Gedanken liegt in den Dynastien, der Rettungsanker im Reichstage, den wir möglichst hoch stellen müssen. Ich gebe diesen Befürchtungen für die Zukunft kein Gehör, aber mein Vertrauen auf eine bessere Zukunft beruht heute auf den Dynastien. (Hört!) Die Dynastien sind heute national gesinnt, sie haben das Bedürfniß, Rücken an Rücken zusammenzustehen gegenüber allen auswärtigen Gefahren, aber auch ihre verfassungsmäßigen Rechte nicht untergraben zu lassen. Wir haben feste Verbindungen mit den außerdeutschen Monarchien, welche gleiche Interessen mit uns vertreten. Ich glaube auch, daß diese Verbindungen dauernde sein werden und daß die Verhältnisse, wie sie im Jahre 1848 und später erstrebt wurden, sich immer deutlicher gestalten werden und daß in der Mitte von Europa eine feste erhaltende Gewalt entstehen wird. Auch zu den deutschen Dynastien habe ich das Vertrauen, daß sie den nationalen Gedanken stets hoch halten werden, daß sie ihrerseits die politische und militärische Einheit des Reichs unverbrüchlich halten, jeder Versuchung widerstehen und uns dann vielleicht auch über die Gefahren und Krisen hinweghelfen werden, denen das Reich ausgesetzt sein könnte, wenn seine parlamentarische Gestaltung und die Thätigkeit im Reichstag vielleicht vorübergehend an dem Marasmus der Fraktionskrankheit leiden sollte. (Lachen links.) Die Einigkeit ist die Vorbedingung unserer nationalen Unabhängigkeit. Deshalb hüten Sie sich vor der Zerfahrenheit, vor der Furcht vor der öffentlichen Meinung, vor der byzantinischen Liebedienerei gegen die Popularität. Ich werde nicht oft mehr zu Ihnen sprechen können, ich bin matt, habe keine Lust und keine Kraft dazu, auch kein Interesse. Aber ich möchte nicht von der Bühne abtreten, ohne Ihnen dies ans Herz legen: seien Sie einig und lassen Sie den nationalen Gedanken vor Europa leuchten. Er ist augenblicklich in der Verfinsterung begriffen. (Lebhafter Beifall rechts, Zischen links.)

Nach dem mehr als zweistündigen Vortrage des Herrn Reichskanzlers erhält das Wort der Referent Abg. Dr. Barth: Die Kommission befand sich in einer eigenthümlichen Lage, als die Ablehnung des Monopols von vornherein feststand, und deshalb trat eine Prüfung der einzelnen Bestimmungen und Amendirungen derselben völlig in den Hintergrund. Die Thätigkeit der Kommission beschränkte sich auf die Ergänzung der bereits in erster Lesung gegen das Monopol vorgebrachten Gründe und das Wichtigste war die Prüfung der Rentabilitätsrechnung der Vorlage. Die Vorwürfe des Reichskanzlers in dieser Hinsicht sind nicht berechtigt. Er hat uns vorgeworfen, das Material der Tabakenquetekommission sei so gut wie unbenutzt gelassen und doch finden Sie kaum eine Seite des Berichts, in der nicht von dieser Enquete die Rede ist. Gerade ich selbst habe diesen Theil in vollem Umfange dargestellt. Auch ist es nicht richtig, wenn der Reichskanzler einfach auf die Rentabilität in anderen Ländern verweist. Die Regie, die uns vorgeschlagen wird, ist von der in anderen Ländern ganz wesentlich verschieden. Die Kommission hat nun den Wunsch ausgesprochen, die Rechnungsabschlüsse der Straßburger Manufaktur einzusehen. Wenn der Reichskanzler die Vermuthung ausgesprochen hat, daß dieser Wunsch wesentlich „auf Betreiben der konkurrirenden Landsleute des Herrn Referenten zurückzuführen sei, so habe ich eigentlich keine Veranlassung, mich dagegen zu verwahren, weil ich es für ausgeschlossen halte, daß irgend ein Mitglied der Kommission ein derartiges mehr oder weniger auf Privatverhältnisse beruhendes Motiv für seine Entschlüsse maßgebend sein läßt. (Sehr richtig! links.) Aber, m. H.! das einzige Mitglied der Kommission, das sich gegen die Vorlegung der Abschlüsse erklärte, war gerade „der konkurrirende Landsmann des Herrn Referenten", Herr Meier (Bremen). Was das Citat von Leroy-Beaulien anlangt, so hindert die Autorität dieses Mannes in vielen wirthschaftlichen Fragen nicht, daß man sie im Einzelnen prüft. Was für Frankreich gut ist, kann in Deutschland bei ganz anderen Verhältnissen ungeeignet sein. Die Beantwortung fernerer Angriffe gegen die Kommissionsbeschlüsse behalte ich mir vor.

Abg. v. Treitschke: In der Plenarberathung wie in der Kommission ist die Thatsache zu wenig betont, daß für die Einführung des Monopols das Bedürfniß der Reichsfinanzen spricht, die nothwendig neue Einnahmequellen verlangen. Alle Bundesstaaten leiden mittelbar oder unmittelbar unter dem Druck ihrer finanziellen Verhältnisse, weil die Matrikularbeiträge nicht vollständig beseitigt sind und eine Reihe von Steuerquellen den

Einzelstaaten v[illegible]oft ist. Vor allem bedarf das Kommunalwesen dringend eine A[illegible]ung; denn hier herrschen Zustände, die einer Anarchie ähnlich sind. Wird aber hier nicht Abhilfe getroffen, so kann auch ein geordneter Staatshaushalt nicht möglich sein. Nicht minder wie die Kommunen stehen die kleinen Staaten vor der Unmöglichkeit, den gesteigerten Anforderungen an sie gerecht zu werden. Eine feste Gemeinschaft der Interessen des Reichs und der Einzelstaaten muß aber hergestellt werden, wenn nicht das Reich selbst wieder in Gefahr gerathen soll.

Der Herr Reichskanzler verläßt den Saal.

Abg. Dr. **Bamberger**: Der eigentliche König des Festes, derjenige, der uns hierher eingeladen hat, diesen Gegenstand zu besprechen, ist der Herr Reichskanzler, dessen vielseitige Rede in dieser späten Stunde nicht mehr zu bewältigen ist. Die Auseinandersetzungen über Klassensteuer, Exekutionen, Stempelsteuer sind aus dem preußischen Abgeordnetenhause seit 1877 hinlänglich bekannt, aber auch hinlänglich widerlegt, sogar von einem Konservativen wie v. Meyer-Arnswalde mit niederschlagender, jede Wiederholung verbietender Gründlichkeit. Aber etwas anderes ist es, über das Tabaksmonopol zu verhandeln, und etwas anderes, preußische Finanzfragen zu lösen; daher denn auch der Bericht nichts von den letzteren enthalten konnte. Warum uns in den April schicken, uns zum Monopol einladen und über die preußische Steuerlage verhandeln? Aber man leitet durch eine Diversion die Besprechung der Sache auf ein anderes Feld, weil man sieht, daß man seine Stellung nicht mehr behaupten kann. (Sehr wahr! links.) Warum der ganze feierliche Apparat einer außerordentlichen Session, da Dreiviertel der Nation mit einem Theil der Bundesregierungen auf Seite derer stehen, die das Monopol verdammen und deren Nein längst vor unserer Einberufung gegeben war. Sogar der Volkswirthschaftsrath, der doch ins Leben gerufen ist blos als Vorstufe, als Feigenblatt für das Monopol, er, der doch gut zu stimmen wußte, sagte Nein nicht wegen seiner eigenen Vortrefflichkeit, sondern wegen der großen Mängel des Tabaksmonopols. Und dann beruft man den Reichstag, um offene Thüren einzuschlagen und Todte zu begraben, denn der Reichskanzler will seine förmliche Quittung haben. Aber keine Vertretung ist dazu da, um unaufhörlich demselben Mann Quittung über dieselben Ideen zu geben und endlich verlangen auch mir Quittung darüber, daß das Ideal des Kanzlers, das sich Tabaks-Monopol nennt, nicht das Ideal des deutschen Volkes ist, und wollen von nun an nichts mehr davon hören. Ich gratulire ihm dazu, wenn er verschmerzt, was begraben ist, ihm, dem Reichstag und dem deutschen Volk. Aber der Verzicht auf das Monopol ist nicht genug, es muß auch auf die Mittel verzichtet werden, es herbeizuführen, obenan auf die harte und schwere Belastung des Tabaks. „Vorläufig" hat der Reichskanzler auf das Monopol verzichtet, so muß er auch auf jene Mittel verzichten. Der Gedanke, eine Permanenzkommission zur Beunruhigung der Nation, dieser Gedanke des geschicktesten Taktikers im Reichstage, that sich am Sonnabend als Knospe auf, um am nächsten Montag durch die rauhe Hand Richters zerpflückt zu werden, eine Rose, entblättert, ehe der Sturm sie zerknickt. (Heiterkeit.) Beide Theile suchen nach Gründen: der Reichskanzler, wenn er sich nicht selbst Mühe geben will, sagt zu Herrn v. Mayr — er ist seinem Schicksal nicht entgangen, er hat doch seinen Mayr gefunden — (Heiterkeit): Suchen Sie mir doch die besten Motive, um das Monopol zu begründen. Aber auf meinen besten Gesinnungsgenossen, auf Leroy-Beaulieu, hätte er sich nicht berufen sollen, der huldigt so sehr, wie nur Ihr ergebener Diener, dem Moloch des Freihandels und ist der überzeugteste Anhänger der direkten Steuern. Ich bin gar kein fanatischer Gegner des Tabaksmonopols, aber entschieden ein Gegner desselben unter den gegenwärtigen Umständen in der Art seiner Einführung. In der Ablehnung des Monopols vertheidigt die Nation ein Stückchen bürgerlicher Freiheit und wehrt Vexationen ab. Das ganze System der inneren Politik des Kanzlers charakterisirt sich als eines, das ich vorzugsweise ein psychologisches nennen möchte, auf die richtige Behandlung der Menschen zur Erreichung bestimmter Machtzwecke berechnet. Um möglichst große Geldmittel ansammeln und wieder verwerthen zu können, wird der Steuerapparat optisch so eingerichtet, daß der Einzelne möglichst wenig den Zusammenhang zwischen Ausgang und Endpunkt beurtheilen kann. Dies erlebten wir bei der Vertheidigung des Zolltarifs, an dessen einzelnen Theilen immer bewiesen wurde, daß Niemand den Zoll trage. Es wiederholt sich bei der Verlegung des Schwergewichts in die indirekten Steuern, so jetzt bei dem System unabsehbare Finanzquellen im Reich zu erschließen, die wiederum in den Einzelstaaten verausgabt werden. Und endlich bei dem System, daß die Kommune mit ihren Finanzen an den Mittelpunkt des Staates verwiesen wird. Die möglichst nahe Aneinanderlegung von Einnahme und Ausgabe ist eine Grundbedingung der Sparsamkeit und Selbstständigkeit. Ich schließe mit dem Wunsche: möge der Reichskanzler, dessen große Verdienste ich auch heute noch anerkenne, wie er den Frieden Europas in den letzten zehn Jahren gehütet hat, auch uns im Innern Frieden geben! (Lebhafter Beifall.)

Schatzsekretär **Scholz**: Es wird dem Reichskanzler leicht sein, die Angriffe des Abg. Bamberger zu widerlegen, namentlich den, daß der Reichskanzler immer noch im letzten Momente bereit gewesen sei, den Reichsgedanken zu opfern. In den Fällen, wo dies geschehen sein soll, bedarf es nur einer tieferen Betrachtung, um bei solchen Kompromissen den Reichsgedanken im Hintergrunde zu entdecken. Der Vorredner hat dann hervorgehoben, der Reichskanzler habe seinen Rückzug damit maskirt, daß er preußische Politik getrieben, trotzdem sich solche Hinweise auf Preußen niemals früher bemerkbar gemacht hätten und auch in der Kommission nicht davon die Rede gewesen sei, wie der Kommissionsbericht beweise; denn so wichtige Sachen dürfte doch der Referent nicht übergangen haben. In den Motiven zur Monopolvorlage findet sich mehrfach der Hinweis auf die finanzielle Hülfe, deren die Einzelstaaten bedürften; namentlich sind die preußischen Steuerverhältnisse in Betracht gezogen. Was dann das Fehlen dieser Frage im Bericht der Kommission betrifft, so ist in demselben manches nicht enthalten, was in der Kommission verhandelt worden ist. (Redner verliest aus den Kommissionsprotokollen mehrere Stellen, in denen er selbst über die preußischen Steuerverhältnisse gesprochen.) Ein maskirter Rückzug des Reichskanzlers liegt also nicht vor.

Darauf wird die Sitzung vertagt.

Ueber die Stunde des Beginnens der nächsten Sitzung entspinnt sich eine längere Debatte.

Präsident v. **Levetzow** entscheidet sich für 11 Uhr.

Schluß 6 Uhr. Nächste Sitzung **Dienstag** 11 Uhr. (Fortsetzung der Monopol-Debatte.

Briefe und Zeitungsberichte.

° C. **Berlin**, 12. Juni. Fürst **Bismarck** hat heute eine der längsten Reden gehalten, welche man von ihm bisher in einer parlamentarischen Versammlung gehört hat: er sprach über zwei Stunden, und zwar mit so wenig Anstrengung, wie es lange nicht zu bemerken war, allerdings ungewöhnlich leise, so daß er auf der Tribüne nur äußerst schwer zu verstehen war; aber dieser leise Ton machte mehr den Eindruck, als ob er die Folge des vorher gefaßten Entschlusses, die größte Ruhe Angesichts der bereits entschiedenen Niederlage zur Schau zu tragen, wäre, als daß er auf körperliche Schwäche gedeutet hätte; nur einmal setzte der Redner sich während der zwei Stunden, welche er sprach, nieder. Die gestern erwähnte Voraussetzung, daß Fürst Bismarck es diesmal nicht auf die Herbeiführung heftiger Auseinandersetzungen, sondern auf die ruhige Förderung taktischer Zwecke werde abgesehen haben, bestätigte sich vollkommen; auch die Thatsache, daß er wider allen Gebrauch das Wort verlangte, bevor der Referent einleitend gesprochen hatte, wurde allseitig dahin gedeutet, daß er es habe vermeiden wollen, sich durch die Diskussion von dem schriftlich mitgebrachten Gedankengang seiner Rede irgendwie abbringen zu lassen. In ihrem größten Theil war dieselbe auf die Kaptivirung der Bevölkerung für diejenigen Steuerreformen gerichtet, zu denen die neuen Einnahmen verlangt würden; als der Kanzler hierbei drohte, er werde, falls auch das neue Abgeordnetenhaus sich gegen dieselben widerstrebend verhalten sollte, zu immer erneuter Auflösung desselben rathen, war es sehr bemerkenswerth, wie schwach und beklommen das Bravo von der Rechten klang. Die gesammte, auf das Tabaksmonopol bezügliche Ausführung machte allgemein den Eindruck der Leichenrede; er wurde noch verstärkt durch den zufälligen Umstand, daß gerade während dieses Theils der Rede ein Antrag Minnigerode vertheilt wurde, welcher als Mittel zur Durchführung der Steuerreformen die höhere Belastung des Großkapitals und des Branntweins empfahl. Das Haus war während aller dieser Darlegungen wenig angeregt, es hatte sich sogar allmälig unter dem Eindruck einer langen Reihe von Wiederholungen früher vom Kanzler vorgebrachter Dinge eine gewisse Abspannung verbreitet. Dieselbe wich allerdings allgemeiner Aufmerksamkeit, als nach einer Anzahl kleiner, um nicht zu sagen kleinlicher Nadelstiche gegen die Sezessionisten, gegen Herrn Lasker wegen eines bekannten lapsus linguae in der Gewerbeordnungs-Debatte, die hochpolitische Darlegung über die Zukunft Deutschlands, die Stellung des Parlaments und der Dynastien in derselben rc. folgte. Mit Ausnahme der äußersten Rechten, welche diesen Schluß der Rede mit demonstrativem Bravo aufnahm, machte dieselbe die schlechteste Wirkung: man konnte nicht anders, als darin den Versuch einer Revanche für die in den letzten Jahren der Bismarck'schen Politik im Reichstage erwachsenen Hindernisse zu erblicken. Auf das Verhältniß zu den Parteien fiel höchstens insofern indirekt ein schwaches Licht, als die kleinen Nadelstiche der Rede sich lediglich nach der liberalen Seite wendeten, und als Fürst Bismarck nach dem Schluß derselben, da Herr v. Frankenstein zur Präsidentenestrade ging, um den Vorsitz zu übernehmen, denselben auffallend freundlich begrüßte. — Die Verhandlung kann sich leicht bis zum Mittwoch ausdehnen; ihr Ergebniß ist, so weit es sich um die Stellung der Parteien zur Steuerreform handelt, noch kaum zu übersehen, da leicht viel darauf ankommen kann, in welcher Reihenfolge die Anträge zur Abstimmung kommen werden. Das Wahrscheinlichste ist die Annahme des Antrags Bennigsen, doch ist auch die Ablehnung aller Anträge nicht völlig ausgeschlossen. Fürst Bismarck wurde beim An- und Abfahren von etwa hundert vor dem Reichstagsgebäude versammelten Personen mit demonstrativem Hurrah begrüßt.

Wollmärkte.

r. **Posen**, 13. Juni. [Zum diesjährigen Wollmarkte] sind im Ganzen 17,363 Ztr., gegen 19,350 Ztr. im Vorjahre angefahren worden und zwar 24 Ztr. hochfeine, 6651 feine, 10,052 mittlere, 636 ordinäre Wollen.

Thorn, 12. Juni. Bis jetzt sind 2000 Ztr. Wolle angemeldet, davon 1000 Ztr. angefahren.

Landsberg a. W., 12. Juni. (Vorbericht.) Der reichliche Regen hat den Besitzern in der hiesigen Gegend bei der Wäsche sehr genutzt, letztere ist sehr gut ausgefallen. Einzelne Abschlüsse zu ungefähr vorjährigen Preisen und darüber. Schwarz geschorene Wollen 54 bis 63 Thlr. Es sind erst einzelne Posten zum Markt eingetroffen. Die Hauptzufuhr findet morgen statt.

Weimar, 12. Juni. Die diesjährige Anfuhr ist etwas schwächer als die vorjährige ausgefallen. Das Geschäft gestaltete sich recht belebt und war der Markt Nachmittags bereits geräumt. Die aufgefahrenen Wollen bedangen 150 bis 168 Mk., d. i. 6 bis 8 Mk. mehr als im Vorjahr.

Telegraphische Nachrichten.

Kassel, 12. Juni. Nach dem heutigen Bulletin verträgt Prinz Karl den neuen Verband zur Zufriedenheit. Der Schlaf wurde während der vergangenen Nacht nur einmal unterbrochen.

Kiel, 12. Juni. Prinz Heinrich ist heute Abend hier wieder eingetroffen.

Rom, 11. Juni. An der feierlichen Uebertragung der Büste Garibaldi's nach dem Kapitol nahmen gegen 170 politische, sowie Arbeiter- und Humanitätsvereine Theil. Ein achtspänniger Wagen führte die Kolossalbüste, welche von den Veranstaltern der Demonstration dem Syndikus der Stadt Rom übergeben wurde.

Rom, 12. Juni. Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani" aus Portsaid ist das italienische Panzerschiff „Castelfidardo" nach Alexandrien abgegangen.

Paris, 12. Juni. Mehrere Abendblätter melden, Frankreich und England hätten den Mächten heute eine Note zugehen lassen, in welcher der sofortige Zusammentritt der Konferenz verlangt wird. Wenn die Türkei sich weigere, solle die Konferenz an einem andern Orte zusammentreten. Wie es heißt, haben die in Egypten befindlichen europäischen Kolonien ihre resp. Regierungen um die Entsendung von Geschwadern ersucht. — Der „Temps" meldet, Derwisch Pascha habe den Konsuln erklärt, die Pforte ziehe in Erwägung, ob nicht die Gewalten des Khedive zu modifiziren und die betreffenden Firmans abzuändern seien. Die Unruhen in Alexandrien würden den Agenten Arabi Paschas zugeschrieben; Derwisch Pascha stoße auf erhebliche Schwierigkeiten; die Lage sei ernst.

Paris, 12. Juni. [Deputirtenkammer.] Tenot richtete eine Anfrage an die Regierung bezüglich der Vorgänge in Alexandrien. Der Konseilpräsident Freycinet bestätigte die bereits bekannten Thatsachen; der englische Konsul sei verwundet, der französische Konsul bedroht worden. Er hoffe, daß kein französischer Unterthan getödtet worden sei. Der englische Botschafter habe noch keine Nachricht hinsichtlich der Landung von englischen Truppen erhalten. Freycinet fügte hinzu, er sei noch ohne offizielle Nachrichten, er wisse noch nicht, welche Maßregeln ergriffen werden müßten. „Was indessen die Frage bezüglich der französischen Staatsangehörigen angeht, so haben wir darüber nur mit uns selbst zu Rathe zu gehen. Die Regierung wird alle Maßregeln ergreifen, welche nothwendig sind für die Sicherheit der französischen Staatsangehörigen und der Ehre Frankreichs." (Beifall.) Der Gegenstand war damit erledigt.

Paris, 12. Juni. Dem „Temps" zufolge hatte der Justizminister Humbert seine Entlassung verlangt. Da der Präsident Grévy sich aber weigerte, die Demission anzunehmen, so bat Humbert um einen einmonatlichen Urlaub.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
12. Nachm. 2	751,3	W lebhaft	trübe [1])	+15,1
12. Abnds. 10	749,5	W mäßig	trübe	+11,4
13. Morgs. 6	747,4	W mäßig	trübe	+12,5

[1]) Regenhöhe: 0,6 mm.

Am 12. Wärme-Maximum +20°5 Cels.
" " Wärme-Minimum + 9°5 "

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 12. Juni Morgens 0,52 Meter.
" " 12. " Mittags 0,52 "
" " 13. " Morgens 0,50

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 12. Juni. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 278¼, Franzosen 280⅜, Lombarden 124¼, Galizier 270⅜, österreich. Goldrente —. ungarische Goldrente —, II. Orientanleihe 56⅜, österr. Silberrente 65⅜, Egypter —, III. Orientanl. 57⅜, 1880er Russen 70 1/16. Wiener Bankverein —, 1860er Loose 123, Diskonto-Kommandit —.

Wien, 12. Juni. (Schluß-Course.) Die egyptischen Nachrichten paralysirten den guten Eindruck, welchen die Demission Ignatjeff's hervorgerufen. Nach vorübergehender Steigerung folgte eine Abschwächung der Course.

Papierrente 76,62½. Silberrente 77,30. Oesterr. Goldrente 94,45. 6-proz. ungarische Goldrente 120,05. 4-proz. ung. Goldrente 88,40. 5-proz. ung. Papierrente 86,45. 1854er Loose 119,70. 1860er Loose 130,50. 1864er Loose 171,00. Kreditloose 176,00 Ungar. Prämienl. 118,70. Kreditaktien 326,50. Franzosen 328,75. Lombarden 145,50. Galizier 317,25. Kasch.-Oderb. 149,00. Pardubitzer 155,50. Nordwestbahn 207,50. Elisabethbahn 210,70. Nordbahn 2800,00. Oesterreich. ungar. Bank —,—. Türk. Loose —,— Unionbank 124,80. Anglo-Austr. 125,80 Wiener Bankverein 116,25. Ungar. Kredit 319,25. Deutsche Plätze 58,60. Londoner Wechsel 120,05. Pariser do. 47,67. Amsterdamer do. 99,20. Napoleons 9,54 Dukaten 5,65. Silber 100,00. Marknoten 58,65 Russische Banknoten 1,20¾. Lemberg-Czernowitz —,—. Kronpr.-Rudolf 168,50. Franz-Josef —,—. Dux-Bodenbach —,—. Böhm. Westbahn —. Buschthierader Bahn —,—. Tramway 227,25.

4½prozent. ungar. Bodenkredit-Pfandbriefe —, Elbthal —"— 5proz. österr. Papierrente —,—, ungar. Goldrente —, Buschtierader B. 186,00. Ung. Präml. —,—. Eskompte —,—.

Petersburg, 12. Juni. Wechsel auf London 24 7/16. II. Orient-Anleihe 89⅜. III. Orientanleihe 89¾.

London, 12. Juni. Consols 100⅜, Italien. 5prozent. Rente 89¾, Lombard. 12⅜, 3proz. Lombarden alte —, 3proz. do. neue 11⅜, 5proz. Russen de 1871 83½, 5proz. Russen de 1872 83, 5proz. Russen de 1873 83⅜, 5proz. Türken de 1865 12⅜, 3½proz. fundirte Amerik. 103, Oesterr. Silberrente —, do. Papierrente —, Ungarische Goldrente 75¼, Oesterr. Goldrente 80, Spanier 28¾, Egypter 68⅞, 4proz. preuß. Consols —. 4proz. bair. Anleihe —. Ruhig.

Platzdiscont 2¼ pCt. Silber —.

Produkten-Kurse.

Bremen, 12. Juni. Petroleum. (Schlußbericht.) Matt. Standard white loco 6,85 Br., per Juli 6,95 Br., per August 7,10 Br., per September 7,20 Br., per Oktober-Dezember 7,40 Br.

Hamburg, 12. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen loco und auf Termine ruhig. Roggen loco und auf Termine ruhig. Weizen per Juli-Aug. 203,00 Br., 202,00 Gd., per Sept.-Okt. 199,00 Br., 198,00 Gd. Roggen per Juli-Aug. 137,00 Br., 136,00 Gd., per Sept.-Okt. 136,00 Br., 135,00 Gd. Hafer und Gerste ruhig. Rüböl ruh., loco 58,50, per Oktober 58,50. Spiritus matt, per Juni 35¼ Br., per Juli-Aug. 36⅜ Br., per Aug.-Sept. 37⅛ Br., per Sept.-Okt. 37¾ Br. — Kaffee matt, Umsatz 2000 Sack. — Petroleum ruhig, Standard white loco 7,00 Br., 6,90 Gd., per Juni 7,00 Gd., per August-Dezember 7,40 Gd. — Wetter: Regnerisch.

Pest, 12. Juni. Produktenmarkt. Weizen loco und auf Termine ruhiger, pr. Frühjahr —,— Br., pr. Herbst 10,73 Gd., 10,76 Br. — Hafer pr. Herbst 6,68 G., 6,70 Br. — Mais pr. Juni-Juli 7,92 Gd., 7,95 Br. — Kohlraps pr. August-September 13¾. — Wetter: Stürmisch.

Petersburg, 9. Juni. (Produktenmarkt.) Talg loco 75,00, pr. August 73,00. Weizen loco 14,60. Roggen loco 9,75, Hafer loco 5,10. Hanf loco 34,00. Leinsaat (9 Pud) loco 14,00. — Wetter: Warm.

London, 12. Juni. An der Küste angeboten 14 Weizenladungen. — Wetter: Hagel.

London, 12. Juni. Die Getreidezufuhren betrugen in der Woche vom 3. Juni bis 9. Juni: Englischer Weizen 1822, fremder 50,619, engl. Gerste 827, fremde 13,807, engl. Malzgerste 18,298, fremde —, engl. Hafer 392, fremder 72,782 Qrts. Englisches Mehl 13,533, fremdes 29,310 Sack und 10 Faß.

Liverpool, 12. Juni. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 15,000 Ballen, davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Amerikaner fest, Surats stetig. Middl. amerikanische Juni-Juli-Lieferung 6 11/16, August-September-Lieferung 6 49/64, Oktober-November-Lieferung 6½ d.

Amsterdam, 10. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen per November 279. Roggen per Juni —, per Oktober 169.

Amsterdam, 9. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen auf Termine unverändert, pr. November 279. Roggen loco höher, auf Termine unver., pr. Juni —, per Oktober 169. Rüböl loko 33½, per Herbst 32¾. Raps per Herbst — Fl.

Glasgow, 12. Juni. Roheisen. Mixed numbers warrants 47 sh. 5 d.

Glasgow, 12. Juni. Die Verschiffungen der letzten Woche betrugen 14,265 Tons gegen 12,331 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Produkten-Börse.

Berlin, 12. Juni. Wind: SW. Wetter: Veränderlich.

Die Berichte vom Lande erschöpfen sich in Lobeserhebungen über den Feldstand, aber unserem Markt imponiren diese Nachrichten nicht, weil die unbeständige, vielfach mit Niederschlägen behaftete Witterung der Spekulation nicht behagt. Die Stimmung war heute für die meisten Artikel fest.

Loko-Weizen still. Von Terminen war der laufende Monat durch Realisation unter Druck, obwohl heute keine Kündigungen coursirten; auch nächstfolgende Sicht war matt, die späteren dagegen in ziemlich gutem Begehr und etwas theurer.

Von Loko-Roggen mußten die besseren Qualitäten bei guter Frage etwas theurer bezahlt werden. Im Terminhandel ging es ziemlich still her, indeß ließ sich feste Tendenz nicht verkennen. Die Platzspekulation empfindet offenbar ein gewisses Unbehagen über die wechselvolle, ziemlich kühle Witterung, daher kam es, daß Abgeber mit Leichtigkeit für alle Sichten etwas höhere Course durchsetzen konnten, so zwar, daß wieder ein kleiner Deport notirt werden mußte.

Loko-Hafer in feiner Waare beachtet. Termine matter.

Roggenmehl theurer.

Mais ruhig.

Rüböl per Herbst gut begehrt, erzielte etwas höhere Preise.

Petroleum unverändert.

Spiritus in effektiver Waare von Fabrikanten und Versendern gefragt, mußte besser bezahlt werden. In Folge dessen machten sich Abgeber auf Termine knapp und nur dadurch kam es nicht zu lebhaftem Handel, obwohl man durchgängig höhere Course anlegte.

Weizen per 1000 Kilo loko 200—228 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmeld. — bezahlt, defekter polnischer — M. ab Bahn bez., per Juni 216—215 M. bezahlt, per Juni-Juli 208½—208 M. bez., per Juli-August 202 Mark bezahlt, per August-September — M. bezahlt, per September-Oktober 198½—199 Mark bezahlt, per Oktober-November 198—199 M. bez. — Gekündigt — Zentner. Regulirungspreis — Mk. — Roggen per 1000 Kilo loko 138 bis 155 M. nach Qualität gefordert, inländischer 144—148 M. ab Bahn bezahlt, feiner do. 150—152 M. ab Bahn bezahlt, def. polnischer — Mark ab Bahn bezahlt, def. russischer — Mark ab B. bezahlt, russischer polnischer 137—140 M. ab Bahn bezahlt, per Juni 142¾ bis 143¾—143½ Mark bez., per Juni-Juli 142¾—143¾—143½ Mark bezahlt, per Juli-August 142¾—143¼—143 Mark bezahlt, per August-September —,— Mark bezahlt, per September-Oktober 143—143½—143¼ Mark bezahlt, per Oktober-November 142½—143¼—143 Mark bezahlt. — Gekündigt 32,000 Zentner. Regulirungspreis 143 Mark. — Gerste per 1000 Kilogramm loko 125—200 Mark nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 125 bis 167 Mark nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 125 bis 142 M. bezahlt, ost- und westpreußischer 134 bis 143 M. bezahlt, pommerscher und Uckermärker 128 bis 142 Mark bezahlt, schlesischer 142 bis 146 Mark bezahlt, f. do. 151—156 M. bezahlt, böhmischer 142—146 bezahlt, f. do. 151—156 M. bezahlt, fein weiß mecklenburgischer — Mark ab Bahn bezahlt, per Juni 135½ Mark bezahlt, per Juni-Juli 135½—135 bez., per Juli-August 134½—134 Mark bezahlt, per August-September — Mark bezahlt, per September-Oktober 134½—134¼ Mark bezahlt. — Gekündigt 6000 Zentner. — Regulirungspreis 135 Mark. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 155 bis 190 M., Futterwaare 133—153 Mark. — Mais per 1000 Kilo loko 148—158 Mark nach Qualität gefordert, per Juni 147½ bez., per Juni-Juli 145½ bez., per September-Oktober 139½ Mark. — Gekündigt — Zentner. Regulirungspreis —,— Mark. — Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto 00: 30,05 bis 29,00 Mark, 0: 28,50 bis 27,50 M., 0/1: 27,50 bis 26,50 Mark. — Roggenmehl inkl. Sack 0: 22,00 bis 21,00 Mark, 0/1: 20,50—19,50 Mark, per Juni 20,15—20,25 bezahlt, per Juni-Juli 20,10—20,20 bezahlt, per Juli-August 20,00 bis 20,05 bezahlt, per August-September — bezahlt, per September-Oktober 19,85—19,95 bezahlt, per Oktober-November 19,70—19,85 Mark bez. — Gekündigt 1500 Ztr. Regulirungspreis 20,20 Mark. — Oelsaat per 1000 Kilo — M., Winterraps — M., Winterrübsen — M. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Faß: 56,5 Mark, loko mit Faß 57,5 Mark, per Juni 57,0 Mark bezahlt, per Juni-Juli —,— M. bez., per Juli-August — Mark bezahlt, per September-Oktober 56,5 Mark bezahlt, per Oktober-November 56,2—56,3 M., per November-Dezember 56,0 Mark bezahlt. Gekündigt 400 Zentner. Regulirungspreis 57 Mark. — Leinöl per 100 Kilo loko — Mark. — Petroleum per 100 Kilo loko 23,5 M., per Juni 23,0 Mark, per Juni-Juli — Mark, per September-Oktober 23,0 M., per Oktober-November — Mark, per November-Dezember — bezahlt. — Gekündigt — Zentner. — Regulirungspreis — M. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Faß 44,3 M. bezahlt. mit Faß — M. bezahlt, per Juni 44,7—44,9 Mark bezahlt, per Juni-Juli 44,7—44,9 Mark bezahlt, per Juli-August 45,6—45,8 Mark bezahlt, per August-September 46,4—46,6 Mark bezahlt, per September-Oktober 46,9—47,0 Mark bez., per Oktober-November 46,7—46,8 M. bez., per November-Dezember 46,4—46,6 M. bez. — Gekündigt 20,000 Liter. — Regulirungspreis 44,9 M.

(B. B.-Z.)

Bromberg, 12. Juni. (Bericht der Handelskammer.)

Weizen unv., hochbunt und glasig 210—215 M., hellbunt 200—208 Mark. — Roggen unveränd., loko inländischer 135 bis 139 Mark. — Gerste, nominell. — Hafer loko 130—145 M. — Erbsen Kochwaare 150—175 Mark, Futterwaare 140 Mark. — Mais, Rübsen, Raps ohne Handel. — Spiritus pro 100 Liter à 100 Prozent 41,00—41,50 M. — Rubelcours 204,00 Mark.

Berlin, 12. Juni. Der Verkehr an heutiger Börse blieb in ziemlich eng bemessenen Grenzen und diesem Umstande ist es zuzuschreiben, wenn auch die Kursveränderungen nur unbedeutend waren. Die neuen Meldungen aus Egypten lassen erkennen, daß die Bewegung dort ernster sich gestaltet und hätten dieselben auch einen stärkeren Druck auf die Gesammtstimmung der Börse ausüben müssen, wenn ihnen nicht in dem aus Petersburg gemeldeten Rücktritt des Grafen Ignatjew gewissermaßen ein Gegengewicht gegenüber gestanden hätte. Die Börse eröffnete in fester Haltung und wenn dieselbe auch im weiteren Verlauf eine Abschwächung erfuhr, so nahm die Tendenz doch nicht keineswegs einen ausgesprochenen matten Charakter an. Es ist das nicht beachtenswerther, als es sich die Kontremine stark angelegen sein ließ, das Terrain, von dem sie in den letzten Tagen ziemlich energisch zurückgetreten war, für sich zurück zu erobern. Die internationalen Spekulationspapiere gaben in den Kursen etwas nach, doch war das Angebot durchaus nicht dringlich oder umfangreich. Am lokalen Markte herrschte sogar eine recht feste Stimmung und konnten sich die Kurse der beliebten Eisenbahnaktien recht gut behaupten, Ferner zeigte sich für die Montanwerthe eine recht günstige Meinung, die Notirungen der beliebteren Devisen haben meist kleinere Erhöhungen aufzuweisen. Banknoten und Industriepapiere verhielten sich im allgemeinen sehr still. Von den auswärtigen Staatsanleihen zeichnen sich russische Werthe durch große Festigkeit aus. Deutsche Fonds und Eisenbahn-Prioritäten blieben fast gänzlich vernachlässigt. — Per ultimo notiren: Franzosen 565—562,50—563, Lombarden 249—249,50—248,50—249,50, Kredit-Aktien 560—560,50—557—560,50, Wiener Bank-Verein 199 etwas bez. u. Geld, Darmstädter Bank 160,70—160,50, Diskonto-Kommandit-Antheile 208,10—209,25—209, Deutsche Bank 153,60—153,20, Dortmunder Union 94,90—94,25—94,90, Laurahütte 118,75—118,25—118,50. — Der Schluß fand bei sehr fester Haltung statt.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 12. Juni 1882.

Preußische Fonds- und Geld-Course.

Preuß. Consl. Anl.	4½	104,75 bz
do. neue 1876	4	101,90 bzB
Staats-Anleihe	4	100,80 bz
Staats-Schuldsch.	3½	99,00 bz
Od.-Deichb.-Obl.	4½	
Berl. Stadt-Obl.	4½	102,70 B
do. do.	3½	96,10 G
Schldv. d. B. Kfm.	4½	102,50 G
Pfandbriefe:		
Berliner	5	109,25 G
do.	4½	104,10 G
Landsch. Central	4	101,40 G
Kur- u. Neumärk.	3½	95,00 G
do. neue	3½	92,00 G
do.	4	101,40 G
do. neue	4½	
N. Brandbg. Kred.	4	
Ostpreußische	3½	91,90 G
do.	4	100,70 bz
do.	4	
Westpr. rittersch.	3½	92,50 bzG
do.	4	101,20 bz
do. I. B.	4	100,90 bzG
do. II. Serie	4½	102,50 G
Neuldsch. II. Serie	4	101,00 B
do. do.	4½	102,50 bz
Posensche, neue	4	100,70 bz
Sächsische	4	
Pommersche	3½	92,00 B
do.	4	101,25 bzB
do.	4½	102,30 bz
Schlesische altl.	3½	
do. alte A.	4	
do. neue I.	4	
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	100,90 bz
Pommersche	4	100,60 bz
Posensche	4	100,80 B
Preußische	4	100,75 bz
Rhein- u. Westfäl.	4	101,00 B
Sächsische	4	101,00 B
Schlesische	4	100,90 B
20-Frankstücke		16,25 G
do. 500 Gr.		
Dollars		
Imperials		16,69 G
do. 500 Gr.		1394 bzG
Engl. Banknoten		20,43,5 G
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		81,15 bz
Oesterr. Banknot.		170,75 bz
do. Silbergulden		
Russ. Noten 100 Rbl		207,20 bz

Deutsche Fonds.

Dtsch. Reichs-Anl.	4	102,00 B
P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	144,00 bzG
Hess. Prsch. a 40 Th.	—	304,00 bz
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	133,00 bzB
do. 35 fl. Oblig.	—	215,00 bz
Bair. Präm.-Anl.	4	134,80 B
Braunsch. 20 thl.-L.	—	100,40 bzB
Brem. Anl. v. 1874	4	101,25 G
Cöln-Md-Pr.-Anl.	3½	128,00 bz
Dess. St.-Pr.-Anl.	3½	125,00 bz
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	118,25 bz
do. II Abth.	5	116,90 bzG
Hamb. 50-Thlr.-L.	3	186,40 bz
Lübecker Pr.-Anl.	3½	181,25 bz
Meckl. Eisenbhan.	3½	94,25 bzG
Meininger Loose	—	27,70 B
do. Pr.-Pfdbr.	4	118,00 B
Oldenburger Loose	3	149,25 bz
D.-G.-C.-B.-Pf. 110	5	108,70 bz
do. do.	4	96,50 bzG
Dtsch. Hypoth. unk.	5	104,50 G
do. do.	4½	102,30 bz
Mein. Hyp.-Pf.	4½	101,00 bz
Nrdd. Grdkr.-H.-A.	5	100,00 bz
Pomm Hyp.-Pfdbr.		
Pomm. H.-B. I. 120	5	104,80 bz
do. II. IV. 110	5	102,70 bzG
Pomm. III. rz. 100	5	100,00 bzB
Pr. C.-B.-H.-Br. rz.	5	
do. do. 110	5	114,00 G
do. do. 110	4½	108,80 G
Pr. C.-B.-Pfdbr. 100	5	104,70 bz
do. do. rückz. 100	4½	103,20 bz
do (1872 u. 74)	4	99,60 bz
do. (1872 u. 73)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	103,50 bzG
do. II. rdz. 100	5	100,40 bzG
Schles. Bod.-Cred.	5	102,10 bzG
do. do.	4½	106,30 G
Stettiner Nat.-Hyp.	5	101,00 B
do. do.	4½	102,75 bzG
Krupp'sche Obligat.	5	110,60 G

Ausländische Fonds.

Amerik. gek. 1881	6	
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	
Norweger Anleihe	4½	
Newyork. Std.-Anl.	6	129,25 bz
Oesterr. Goldrente	4	80,70 bzB
do. Pap.-Rente	4½	65,20 B
do. Silber-Rente	4½	65,50 B
do. 250 fl. 1854	4	
do. Cr. 100 fl. 1858	—	533,25 bzG
do. Lott.-A. v. 1860	5	123,00 bzB
do. do. v. 1864	—	327,00 bz
Ungar. Goldrente	6	102,20 bzB
do. St.-Eisb.-Akt.	5	96,00 bzB
do. Loose	—	227,00 G
Italienische Rente	5	90,10 B
do. Tab.-Oblg.	6	
Rumänier	8	
Finnische Loose	—	49,50 G
Russ. Centr.-Bod.	5	72,50 bzB
do. Boden-Credit	5	81,20 bzG
do Engl. A. 1822	5	
do. do. A. v. 1862	5	83,30 bz
Russ. fund. A. 1870	5	
Russ. cons. A. 1871	5	84,30 bz
do. do. 1872	5	84,30 bz
do. do. 1875	4½	74,60 bz
do. do. 1877	5	87,10 bz
do. do. 1880	4	70,40 bz
do. Pr.-A. v. 1864	5	139,00 bzG
do. do. v. 1866	5	134,60 bzG
do. 5. A. Stiegl.	5	59,00 bzG
do. 6. do. do.	5	79,20 bzG
do. Pol. Sch.-Obl.	4	79,60 G
do. do. kleine	4	
Poln. Pfandbr.	5	63,40 bz
do. do.	5	
do. Liquidat.	4	55,40 bz
Türk. Anl. v. 1865	—	13,00 bzG
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	

*) Wechsel-Course

Amsterd. 100 fl. 8 T.	
do. 100 fl. 2 M.	
London 1 Lstr. 8 T.	
do. do. 3 M.	
Paris 100 Fr. 8 T.	
Blg. Bkpl. 100 F. 8 T.	
do. do. 100 F. 2 M.	
Wien öst. Währ. 8 T.	170,50 bz
Wien. öst. Währ. 2 M.	169,45 bz
Petersb. 100 R. 8 T.	206,30 bz
do. 100 R. 3 M.	204,80 bz
Warschau 100 R. 8 T.	209,90 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, für Lombard 5 pCt., Bankdiskonto in Amsterdam 4 Bremen —, Brüssel 4, Frankfurt a. M. 4½, Hamburg —, Leipzig —, London 3, Paris 3½, Petersburg 6, Wien 4 pCt.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	116,00 G
Bk. f. Rheinl. u. Westf.	4	38,50 G
Bk. f. Sprit- u. Pr.-H.	4	82,25 bzB
Berl. Handels-Ges.	4	111,25 bzG
do. Kassen-Verein.	4	200,75 B
Breslauer Disk.-Bk.	4	91,00 G
Centralbk. f. B.	4	
Centralbk. f. I. u. H.		
Coburger Credit-B.	4	85,50 B
Cöln. Wechslerbank	4	96,90 bzG
Danziger Privatb.	4	109,50 G
Darmstädter Bank	4	161,00 bzB
do. Zettelbank	4	109,00 B
Dessauer Creditb.	4	100,00 B
do. Landesbank	4	119,25 bz
Deutsche Bank	4	153,20 bz
do. Genossensch.	4	128,50 G
do. Hyp.-Bank.	4	90,00 G
do. Reichsbank.	4½	149,75 bzB
Disconto-Comm.	4	207,10 bz
Geraer Bank	4	96,25 G
do. Handelsb.	4	91,60 G
Gothaer Privatbk.	4	118,30 B
do. Grundkredb.	4	86,90 bzG
Hypothek (Hübner)	4	
Königsb. Vereinsb.	4	95,50 G
Leipziger Creditb.	4	159,25 G
do. Discontob.	4	112,50 bzG
Magdeb. Privatb.	4	116,10 bz
Meckl. Bodencred.	4	
do. Hypoth.-B.	fr.	95,00 bz
Meining. Creditbk.	4	95,00 bzB
do. Hypothekenbk.	4	92,00 bzG
Niederlausitzer Bank	4	93,75 B
Norddeutsche Bank	4	169,00 G
Nordd. Grundkredit	4	51,75 G
Oesterr. Kredit	4	
Petersb. Intern. Bk.	4	92,90 bz
Posen. Landwirthsch	4	79,50 G
Posener Prov.-Bank		122,00 bzB
Posener Spritaktien	4	67,70 bzB
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Bodenkredit	4	110,25 bzG
do. Centralbdn.	4	124,50 bzG
do. Hyp.-Spielh.	4	79,25 bzG
Produkt.-Handelsbk	4	75,50 G
Sächsische Bank	4	122,50 G
Schaaffhaus. Bankv.	4	85,10 bzG
Schles. Bankverein	4	108,50 bzG
Südd. Bodenkredit	4	135,25 G

Industrie-Aktien.

Brauerei Patzenhof.	4	
Dannenb. Kattun.	4	
Deutsche Baugef.	4	57,40 bz
Dtsch. Eisenb.-Bau	4	
Dtsch. Stahl- u. Eis.	4	
Donnersmarckhütte	4	61,90 bz
Dortmunder Union	4	12,30 G
Egells Masch.-Akt.	4	5,90 bz
Erdmannsd. Spinn.	4	29,75 B
Flora f. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Näh.	4	93,25 bz
Gelsenkirch.-Bergw.	4	129,75 bz
Georg-Marienhütte	4	88,00 G
Hibernia u. Shamr.	4	89,00 bzG
Immobilien (Berl.)	4	83,00 G
Kramsta, Leinen-F.	4	100,00 G
Lauchhammer	4	26,75 bzB
Laurahütte	4	118,50 bzG
Luise Tiefb.-Bergw.	4	35,75 bzB
Magdeburg. Bergw.	4	115,50 G
Marienhüt. Bergw.	4	44,00 B
Menden u. Schw. B.	4	60,75 bz
Oberschl. Eis.-Bed.		54,40 bz
Oelheim. Petrol.-A.	4	81,90 G
Phönix B.-A. Lit. A	4	84,50 B
Phönix B.-A. Lit. B.	4	
Redenhütte conf.	4	96,25 G
Rhein.-Nass. Bergw.	4	68,00 B
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	
Unter den Linden	4	11,00 G
Wöhlert Maschinen	4	16,00 bezG

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	53,90 bzG
Altona-Kiel	4	218,15 bzB
Bergisch-Märkische	4	125,80 bz
Berlin-Anhalt	4	151,60 bzG
Berlin-Dresden	4	16,90 bzB
Berlin-Görlitz	4	35,80 bzG
Berlin-Hamburg	4	360,75 bz
Bresl.-Schw.-Frbg	4	106,30 bz
Hall.-Sorau-Guben	4	20,00 bzG
Märkisch-Posener	4	37,30 G
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Nordhausen-Erfurt	4	28,75 bz
Oberschl. Lit. A. u. C.	3½	248,20 bz
do. Lit. B.	3½	186,90 bzB
Ostpreuß. Südbahn	4	86,50 bzG
Rechte Oderuferb.	4	180,00 bzB
Rhein-Nahebahn	4	18,50 bzG
Stargard-Posen	4½	103,00 B
Thüringische	4	
do. Lit. B. v. St. gar.	4	101,75 G
do. Lit. C. v. St. gar.	4½	115,50 bz
Ludwigsh.-Berbach	4	205,00 bz
Mainz-Ludwigsh.	4	105,10 bz
Weimar-Geraer	4½	50,30 bzG
Albrechtsbahn	5	34,70 bzG
Amsterd.-Rotterd.	4	144,30 bz
Aussig-Teplitz	4	253,00 G
Böhm. Westbahn	5	132,40 bzG
Brest-Grajewo	5	
Dux-Bodenbach	4	146,00 bzG
Elisabeth-Westbahn	5	89,80 G
Kais. Franz Joseph	5	83,10 G
Gal. (Karl Ludwig.)	5	136,30 bz
Gotthard-Bahn 95%	6	
Kaschau-Oderberg	4	63,50 bzG
Lüttich-Limburg	4	12,50 bzG
Oestr.-frz. Staatsb.	4	
do. Nordw.-B.	5	356,00 bz
do. Litt. B. Elb.	4	405,00 bz
Reichenb.-Pardubitz	4½	66,90 bzG
Kronpr. Rud.-Bahn	5	71,60 bzG
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	3½	59,75 bz
do. Certifikate	4	
Russ. Staatsbahn	5	129,75 bzG
do. Südwestbahn	5	59,75 bz
Schweizer Unionb.	4	51,20 G
Schweizer Westbahn	4	30,10 bzG
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	159,50 bzG
Warschau-Wien	4	196,00 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.

Berlin-Dresden	5	44,25 bzG
Berlin-Görlitzer	5	100,60 bzG
Halle-Sorau-Gub.	5	81,60 bzG
Märkisch-Posen	5	120,60 bzG
Marienb.-Mlawka	5	116,50 bz
Münster-Enschede	5	28,25 bzG
Nordhausen-Erfurt	5	96,25 bzB
Oberlausitzer	5	61,00 bzG
Oels-Gnesen	5	64,00 bzG
Ostpreuß. Südbahn	5	106,40 bzG
Posen-Creuzburg	5	81,00 bzG
Rechte Oderuf.-Bahn	5	178,00 bzG
Rumänische	5	
Saalbahn		76,25 bz
Saal-Unstrutbahn	3	
Tilsit-Insterburg	5	85,25 bzG
Weimar-Geraer	5	43,25 bzG

Staatsbahn-Aktien.

Brl.-Potsd.-Magd.	4	
Berlin-Stettin	4½	117,50 bz
Cöln-Minden	6	
Magd.-Halberstadt	3½	
Mgd.-Halbst. B. abg.	3½	
do. B. unabg.	3½	89,30 G
do. C. do. abg.	5	127,30 G

Münster-Hamm	4	
Niederschl.-Märk.	4	100,50 G
Rhein. St.-A. abg.	6½	163,80 bz
do. neue 4proc.	5	163,00 bzG
do. Lit. B. gar	4	101,40 G

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4	
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	
Berg.-Märkische I.	4½	
do. II.	4½	
do. III. v. St. g.	3½	93,70 bz
do. do. Litt. B.	3½	93,70 bz
do. do. Litt. C.	3½	93,70 bz
do. IV	4½	103,50 G
do. V	4½	103,10 G
do VI	4½	104,40 bzB
do. VII	4½	102,90 G
Aachen-Düsseldf. I	4	
do. do. II	4	
do. do. III	4½	
do. Düss.-Elb.-Pr.	4	
do. do. II	4½	
do. Dortm.-Soest	4	
do. do. II	4½	
do. Nordb. Fr. W.	4	102,90 bzG
do. Ruhr.-K.-G. I	4	
do. do. II	4½	
do. do. III	4	
Berlin-Anhalt A.	4	103,10 B
do. B.	4	103,10 B
do. Litt. C.	4½	103,10 B
Berlin-Görlitz	4½	103,00 G
do. do. Litt. B.	4½	103,00 G
Berlin-Hamburg I.	4	101,00 B
do. do. II	4	101,00 B
do. do. III	4½	103,90 G
Brl.-Ptsd.-M. A. B	4	
do. do. C.	4	101,25 B
do. do. D	4½	103,70 B
do. do. E	4½	
Berlin-Stettin I	4½	
do. do. II	4	100,90 G
do. do. III		100,90 G
do. IV. v. St. g.	4	100,90 G
do. VI. do.	4	
do. VII.	4½	
Bresl.-Schw.-Freib.	4½	
do. do. Litt. G.	4½	
do. do. Litt. H	4	103,25 G
do. do. Litt. I	4	103,25 G
do. do. 1876	5	106,10 bzG
Cöln-Minden IV	4	100,80 bzG
do. do. V	4	100,80 G
do. do. VI.	4½	104,50 bzB
Halle-Sorau-Guben	4½	103,75 B
do. do. C.	4½	
Hannov.-Altenbk. I.	4½	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Märkisch-Posener	4½	102,80 G
Mainz-Ludwigsh.	4½	103,20 G
do. do.	5	5,90 bz
Magd.-Halberstadt	4½	102,90 G
do. do. de 1861	4½	103,00 B
do. do. de 1873	4½	103,00 B
do. Leipz. A.	4½	105,50 B
do. do. B.	4	101,30 G
do. Wittenberge	4½	
do. do.	3	
Niederschl.-Märk. I.	4	100,60 G
do. II. a 62½ thlr.	4	01,10 bz
do. Obl. I. u. II.	4	100,60 G
do. do. III conv.	4	
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	94,25 bz
do. C.	4	100,80 B
do. D.	4	100,80 B
do. E.	3½	
do. F.	4½	
do. G.	4½	
do. H.	4	103,80 B
Oberschles. v. 1873	4	100,50 G
do. v. 1874	4½	
Brieg-Neisse	4½	
do. Cos.-Oderb.	4	
do. Nied.-Zwgb.	3½	
do. Starg.-Pos.	4	100,50 G
do. do. II.	4½	102,70 G
do. do. III.	4½	102,70 G
Oels-Gnesen	4½	103,10 bz
Ostpreuß. Südbahn	4½	103,00 B
do. Litt. B.	4½	103,00 B
do. Litt. C.	4½	103,00 B
Posen-Creuzburg	5	105,30 bzG
Rechte-Oder-Ufer	4½	104,00 B
Rheinische	4	
do. v. St. gar.	3½	
do. v. 1858, 60	4½	103,00 bz
do. v. 1862, 64	4½	103,00 bz
do. v. 1865	4½	103,00 bz
do. 1869, 71, 73	4½	103,00 bz
do. v. 1874, 77	4½	
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	100,30 G
do. II. do.	4½	100,30 G
Schleswiger	4½	102,75 G
Thüringer I.	4	101,00 G
do. II.	4½	
do. III.	4	101,00 G
do. IV.	4½	
do. V.	4½	
do. VI.	4½	

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	86,60 G
Gal. Karl-Ludwigb.	4½	85,40 bzG
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	
do. do. IV.	5	
Lemberg-Czernow. I	5	80,40 G
do. II.	5	86,00 G
do. III.	5	81,90 bz
do. IV.	5	81,75 G
Mähr.-Schl. C.-B.	fr.	59,50 bzG
Oesterr.-Frz.-Stsb.	3	382,70 G
do. Ergänzsb.	3	359,00 bz
Oesterr.-Frz.-Stsb.	5	105,25 G
do. II. Em.	5	105,25 G
Oesterr. Nordwest.	5	88,00 G
Oest. Nrdwstb. Lit. B	5	87,50 G
do. Geld-Priorit.	5	
Kaschau-Oderb. gar.	5	83,50 bzG
Kronpr. Rud.-Bahn	5	85,50 bz
do. do. 1869	5	85,50 bz
do. do. 1872	5	85,50 bz
Rab-Graz Pr.-A.	4	94,50 bz
Reichenb.-Pardubitz	5	86,40 G
Südösterr. (Lomb.)	3	286,50 G
do. do. neue	3	286,60 G
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	101,70 bzG
Brest-Grajewo	5	83,30 bz
Charkow-Asow g.	5	87,25 bz
do. in Lstr. a 20	5	84,00 bzB
Chark.-Krementsch.	5	86,50 bz
Jelez-Orel, gar.	5	88,00 bzG
Koslow-Woron. gar	5	92,25 bz
Koslow-Woron. Ob.	5	79,50 G
Kursk-Chark. gar.	5	87,75 bzG
K.-Chark-As. (Obl.)	5	79,50 G
Kursk-Kiew, gar.	5	96,60 bz
Losowo-Sewast.	5	76,00 bz
Mosko-Rjäsan, g.	5	100,70 bzG
Mosk.-Smolensk, g.	5	90,00 bzG
Schuja-Iwanow.	5	87,75 bzG
Warsch.-Teresp., g.	5	90,60 bz
do. kleine, g.	5	91,10 bz
Warschau-Wien II.	5	
do. III.	5	101,75 G
do. IV.	5	101,70 G
Zarskoe-Selo	5	60,00 G

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.